

# RheinlandPfalz



## Statistische Monatshefte

1999

Januar

**Februar**

März

April

Mai

Juni

Juli

August

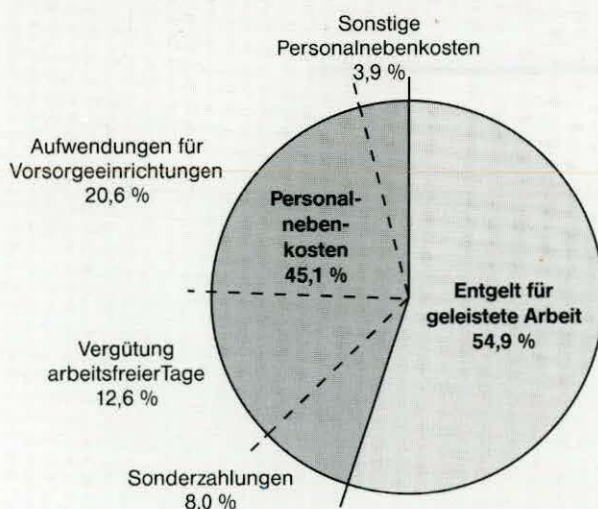
September

Oktober

November

Dezember

Arbeitskosten im produzierenden Gewerbe 1996



## Inhalt

---

### Arbeitskostenerhebung 1996

- 25 Zur Bereitstellung international vergleichbarer Daten als Grundlage wirtschafts- und sozialpolitischer Entscheidungen werden alle vier Jahre in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union Arbeitskostenerhebungen durchgeführt. Der vorliegende Beitrag beschreibt die methodischen Grundlagen der Erhebung und stellt erste Ergebnisse für das Jahr 1996 vor.
- 

### Haushalte, Familien und Erwerbstätigkeit – Ergebnisse des Mikrozensus –

- 32 Der Beitrag stellt, überwiegend in Verbindung mit der zeitlichen Entwicklung seit 1990, die wichtigsten Ergebnisse des Mikrozensus 1997 dar. Die Angaben werden ergänzt um die Ergebnisse des Mikrozensus 1998, so weit diese bei Redaktionsschluss vorlagen.
- 

### Landwirtschaftszählung 1999

- 40 Landwirtschaftszählungen unterliegen einem ca. 10-jährigen Turnus. Es werden die Neuerungen des Erhebungs- und Aufbereitungskonzepts und das gegenüber der Erhebung 1991 geänderte Merkmalprogramm vorgestellt.
- 

### Kommunalwahlen 1999

- 45 Bei den bevorstehenden Wahlen sind das aktive und passive Wahlrecht der Unionsbürger sowie die Direktwahl der Ortsbeiräte und Ortsvorsteher die bedeutendsten Neuerungen.
- 

### Anhang

- 9\* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz  
15\* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland



**Deutliche branchenspezifische Unterschiede im Dienstleistungsbereich****- Ergebnisse der Arbeitskostenerhebung 1996 -**

Die Arbeitskosten je vollbeschäftigten Arbeitnehmer im produzierenden Gewerbe von Rheinland-Pfalz betrugen im Jahr 1996 im Durchschnitt 88 085 DM. Davon entfielen 54,9 % (48 364 DM) auf das Entgelt für geleistete Arbeit und 45,1 % (39 721 DM) auf die gesamten Personalnebenkosten. Der Anteil der gesetzlichen Personalnebenkosten belief sich mit 18 710 DM auf 21,2 % der Arbeitskosten und entspricht damit 47,1 % der gesamten Personalnebenkosten.

Die Arbeitnehmer erzielten 1996 durchschnittlich 66 500 DM als Bruttojahresverdienst, was 75,5 % der gesamten Arbeitskosten ausmacht. Darin enthalten sind Sonderzahlungen in Höhe von 7 053 DM (8 % der Arbeitskosten) sowie die Vergütung arbeitsfreier Tage mit 11 083 DM (12,6 % der Arbeitskosten). Die übrigen Personalnebenkosten stellen keine Verdienstbestandteile dar. Hierbei handelt es sich in erster Linie um die Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen in Höhe von 18 132 DM (20,6 % der Arbeitskosten). Der größte Teil davon entfiel mit 14 447 DM (16,4 % der Arbeitskosten bzw. 36,4 % der Personalnebenkosten) auf die Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung.

Die Ergebnisse der 1996 in die Arbeitskostenerhebung einbezogenen Dienstleistungsbereiche zeigen deutliche branchenspezifische Unterschiede. Die höchsten Arbeitskosten je vollbeschäftigten Arbeitnehmer entstanden mit 89 873 DM im Kredit- und Versicherungsgewerbe. Der Anteil der Personalnebenkosten war hier mit 48,1 % (43 205 DM) überdurchschnittlich hoch. Als Ursache hierfür sind in erster Linie die Höhe der Sonderzahlungen (10 038 DM) und der Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung (4 530 DM) zu nennen. Das Entgelt für geleistete Arbeit betrug 46 668 DM und entsprach damit 51,9 % der gesamten Arbeitskosten. Der durchschnittliche Bruttojahresverdienst lag mit 68 026 DM sogar über dem der Arbeitnehmer des produzierenden Gewerbes.

Handel und Gastgewerbe wiesen nicht nur ein deutlich niedrigeres Verdienstniveau, sondern auch eine andere Struktur der Arbeitskosten auf als das Kredit- und Versicherungsgewerbe. Die Personalnebenkosten lagen deutlich unter dem Branchendurchschnitt und betrugen für den Handel 40,3 %, für das Gastgewerbe 40,5 % der gesamten Arbeitskosten. Im Bereich des Handels wurden durchschnittliche Bruttolöhne und -gehälter von 51 952 DM erzielt. Als Arbeitskosten mussten von den Handelsunternehmen 64 983 DM aufgewendet werden. Das Schlusslicht des Dienstleis-

tungsbereichs bildete das erstmals befragte Gastgewerbe. Die Bruttoverdienste je Arbeitnehmer beliefen sich 1996 auf lediglich 36 327 DM und auch die Höhe der gesamten Arbeitskosten war mit 47 340 DM deutlich unterdurchschnittlich. ky

Mehr über dieses Thema auf Seite 25.

**Mehr Single-Haushalte und Ehepaare ohne Kinder**

Der Mikrozensus ermittelt seit 1957 als repräsentative Stichprobe grundlegende Angaben über die Bevölkerung. Dabei stehen Ergebnisse zum Erwerbsverhalten sowie über Haushalts- und Familienstrukturen im Vordergrund. Erste Auswertungen des Mikrozensus 1998 wurden jetzt vorgelegt.

Die Betrachtung der Entwicklung seit 1990 zeigt für den Bereich Haushalte und Familien insbesondere eine markante Zunahme der Einpersonenhaushalte. Derzeit ist im Landesdurchschnitt jeder dritte Haushalt ein Single-Haushalt. Gegenüber 1990 sind dies weit über 100 000 mehr. Die Zahl der Haushalte, in denen zwei Personen leben, hat sich im Vergleichszeitraum nur wenig verändert. Dieser Haushaltstyp hat derzeit einen Anteil von etwas mehr als einem Drittel. Demgegenüber ist der Anteil größerer Haushalte leicht rückläufig. Von den 1 802 700 im April 1998 registrierten Haushalten waren 588 300 Einpersonenhaushalte und 605 700 Zweipersonenhaushalte. In 294 600 Haushalten lebten drei Personen, in 231 200 vier Personen, während fünf oder mehr Personen in 82 900 Haushalten anzutreffen waren.

Bei der Analyse familiärer Strukturen zeigt sich eine besonders deutliche Entwicklung für die Ehepaare ohne Kinder, deren Zahl von 1990 bis 1997 um mehr als 22 % auf 467 400 zugenommen hat. Erhebliche Veränderungen gab es aber auch bei den Alleinerziehenden, insbesondere bei den allein erziehenden Männern. Während der Mikrozensus 1990 erst 109 000 Alleinerziehende registrierte, wurde 1997 ein Anstieg auf 123 800 festgestellt, dies entspricht einer Zunahme von 13,6 %. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der allein erziehenden Männer von 19 000 auf 25 000 und damit um 31,6 % gestiegen.

Für den Bereich der Erwerbstätigkeit registriert der Mikrozensus eine deutlich wachsende Erwerbsbeteiligung der Frauen. Die Zahl der weiblichen Erwerbspersonen hat seit 1990 um 10,5 % zugenommen. Diese Entwicklung prägen insbesondere Frauen, die älter als 25 Jahre sind, was als zunehmende Abkehr von der traditionellen Frauenrolle zu werten ist. Demgegenüber ist für jüngere Frauen und Männer eine tendenziell rück-



läufige Erwerbsbeteiligung zu verzeichnen, was für viele junge Leute nicht nur Ausdruck des Strebens nach einer besseren Ausbildung und dem damit verbundenen Besuch von weiterführenden Schulen oder Hochschulen ist, sondern mitunter als einzige Alternative zur Arbeitslosigkeit gesehen wird.

Der Mikrozensus analysiert auch geringfügige Beschäftigungsverhältnisse. Im April 1998 gaben hochgerechnet gut 110 000 Personen an, eine geringfügige Beschäftigung als einzige Erwerbstätigkeit auszuüben. ic

Mehr über dieses Thema auf Seite 32.

#### **Landwirtschaftszählung 1999 findet als integrierte Erhebung statt**

Landwirtschaftszählungen finden alle 8 bis 12 Jahre statt und ermöglichen einen Einblick in die Produktionsgrundlagen, die Struktur und die sozialökonomischen Verhältnisse der landwirtschaftlichen Betriebe und Forstbetriebe. Die nächste Erhebung dieser Art ist 1999 durchzuführen. Gegenüber der Landwirtschaftszählung von 1991 wurde das Merkmalprogramm gekürzt und dem aktuellen Datenbedarf angepasst. Zusätzlich wurden die unteren Erfassungsgrenzen angehoben. Auskunftspflichtig sind ab 1999 nur noch Betriebe mit mindestens 2 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (bisher 1 ha) oder 10 ha Waldfläche (bisher 1 ha). Betriebe unter diesen Flächengrenzen werden nur noch erfasst, wenn ihr Viehbestand eine festgelegte Größenordnung übersteigt oder wenn sie Sonderkulturen (z. B. Reben, Gemüse, Obst) in bestimmtem Umfang anbauen.

Eine wesentliche Vereinfachung gegenüber der Landwirtschaftszählung von 1991 bringt die geänderte Durchführung in Form einer integrierten Erhebung. Die Daten über die Nutzung der Bodenflächen und die Viehbestände wurden bisher für die in die Landwirtschaftszählung einbezogenen Betriebe aus der Bodennutzungshaupterhebung und der allgemeinen Viehzählung übernommen, die bisher mit eigenen Erhebungsbogen und zu unterschiedlichen Terminen stattfanden. Die Übernahme der Daten entlastete zwar die Auskunftspflichtigen, hatte für die statistischen Ämter jedoch einen höheren Aufwand zur Folge. Da nunmehr die neuen unteren Erfassungsgrenzen für die Landwirtschaftszählung, die Bodennutzungshaupterhebung und die Viehzählung gelten und die Erhebungstermine angeglichen wurden, ist es möglich, die Merkmale mit einem gemeinsamen Erhebungsbogen zu erfassen und aufzubereiten. Dies erleichtert deutlich die Plausibilisierung der Daten und vereinfacht die Aufbereitung der Erhebung. bd

Mehr über dieses Thema auf Seite 40.

#### **Gute Wohnungsversorgung in Rheinland-Pfalz**

Von den 1,751 Mill. rheinland-pfälzischen Haushalten lebten Anfang Januar 1998 insgesamt 55 % als Eigentümer in ihrer Wohnung, 45 % als Mieter.

Drei von vier Wohnungseigentümern bewohnten ein Einfamilienhaus. Im Durchschnitt standen den Eigentümern 125 m<sup>2</sup> Wohnfläche zur Verfügung, im früheren Bundesgebiet waren es 120 m<sup>2</sup>. Über dem Mittelwert lagen die Flächen in Ein- und Zweifamilienhäusern mit 130 bzw. 122 m<sup>2</sup>. Mieter bewohnten durchschnittlich knapp 76, in Einfamilienhäusern 93 m<sup>2</sup>. hw

#### **Moderne Technik kommt an: Faxgeräte in 15 % der rheinland-pfälzischen Haushalte**

Die rheinland-pfälzischen Privathaushalte stehen der modernen Technik aufgeschlossen gegenüber. Im Januar 1998 besaß jeder dritte Haushalt einen Anrufbeantworter (33 %); am höchsten war die Quote bei den 3-Personen-Haushalten mit 37 %. Ein Faxgerät oder eine PC-Faxkarte kann gut jeder sechste Haushalt nutzen (15 %), bei den 3- und 4-Personen-Haushalten sogar jeder fünfte (21 %). Schon 12 % der Haushalte sind Besitzer eines Mobiltelefons oder Handys. hw

#### **1998 Rekordergebnis im Einfamilienhausbau Mehr als 11 000 Eigenheime genehmigt**

Die Wohnungsbaukonjunktur in Rheinland-Pfalz wurde 1998 vorrangig von der überdurchschnittlichen Nachfrage nach neuen Eigenheimen bestimmt. Insgesamt wurde der Bau von 9 141 Einfamilienhäusern genehmigt, das sind gut 8 % mehr als im Vorjahr (8 453). Hinzu kommen Baugenehmigungen für 2 362 neue Zweifamilienhäuser (+ 1 %).

Die veranschlagten Baukosten der geplanten neuen Einfamilienhäuser beziffern sich auf gut 3,4 Mrd. DM, für Wohngebäude mit zwei Wohnungen wurden rund 1,2 Mrd. DM veranschlagt. Insgesamt haben die Bauherren im Eigenheimbereich für 11 503 Wohngebäude mit 13 865 Wohnungen Investitionen von über 4,6 Mrd. DM vorgesehen, das sind rund 8 % mehr als im Jahr 1997 (4,3 Mrd. DM).

Dagegen ist der Geschosswohnungsbau weiter rückläufig. 1998 wurden 1 065 Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen (ohne Wohnheime) genehmigt (- 18,5 %), in denen 6 384 Wohnungen (- 25,2 %) liegen. Im Vorjahr waren noch 1 307 Mietwohnungsbauten mit 8 530 Wohneinheiten zum Bau freigegeben worden. hes



## Arbeitskostenerhebung 1996

In der wirtschaftspolitischen Diskussion um den Produktionsstandort Deutschland standen in den letzten Jahren immer wieder die Höhe der Arbeitskosten und damit alle gesetzlichen, tarifvertraglichen und betrieblichen Aufwendungen, die einem Arbeitgeber durch die Beschäftigung von Arbeitskräften entstehen, im Mittelpunkt des Interesses. Stichwortartig sei hier an die Einführung der Pflegeversicherung, die gesetzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall und die Initiativen der neuen Bundesregierung zur Senkung der Lohnnebenkosten erinnert. Informationen über Höhe und Struktur der Arbeitskosten werden unter anderem bei Tarifverhandlungen als Orientierungsgröße herangezogen.

Neben den nationalen wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern benötigt auch die Kommission der Europäischen Gemeinschaften zur Erfüllung ihrer Aufgaben, speziell im Zusammenhang mit der Beschäftigung und den Arbeitsbedingungen, Daten über Arbeitskosten und Arbeitnehmerverdienste in der Gemeinschaft. Die vergleichende Analyse von Niveau und Zusammensetzung der Arbeitskosten in den Mitgliedstaaten setzt voraus, dass die Daten auf der Grundlage gemeinsamer Definitionen und harmonisierter statistischer Methoden erhoben werden. Diese Voraussetzungen erfüllt die Arbeitskostenerhebung, die als einzige europäische Quelle statistischer Daten über Löhne, Gehälter und Lohnnebenkosten eine zuverlässige Basis für Ländervergleiche liefert.

Seit 1959 werden in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) Arbeitskostenerhebungen im produzierenden Gewerbe und in verschiedenen Dienstleistungsbereichen durchgeführt. Nach einigen Änderungen in den 60er und 70er Jahren gilt seit 1984 eine vierjährige Periodizität. Rechtsgrundlage der Erhebungen bilden Verordnungen der Europäischen Gemeinschaften. Die Erhebung des Jahres 1996 stützte sich auf die Verordnung (EG) Nr. 23/97 des Rates vom 20. Dezember 1996 zur Statistik über Höhe und Struktur der Arbeitskosten (ABl. EG Nr. L 6 S.1). Der derzeit aktuell vorliegende Entwurf einer Verordnung des Rates zur Statistik über die Struktur der Verdienste und der Arbeitskosten sieht weiterhin einen Erhebungsturnus

von vier Jahren vor. Zur Aktualisierung der wichtigsten Ergebnisse in den Jahren zwischen den Erhebungen wurden Verfahren zur Fortschreibung wesentlicher Eckdaten anhand der Ergebnisse der laufenden Verdiensterhebungen entwickelt. Da jedoch die Aufwendungen der Unternehmen für Löhne, Gehälter und Lohnnebenkosten erheblichen Veränderungen unterworfen sind, kann eine solche Aktualisierung nur in den unmittelbar auf die Erstellung der Statistik folgenden Jahren aussagekräftig sein; danach muss eine neue Gemeinschaftsstatistik die Ergebnisse auf den neusten Stand bringen.

### Bezugszeitraum und Erhebungsbereich

Die Arbeitskostenerhebung war gemäß Artikel 2 der Verordnung des Rates auf der Grundlage statistischer Angaben für das Geschäftsjahr 1996 zu erstellen. Der Bezugszeitraum der Erhebung muss ein ganzes Jahr umfassen, da einige Aufwendungsarten, wie etwa die Gewinnbeteiligungen, nur einmal jährlich anfallen oder nur einmal im Jahr festgestellt werden, wie zum Beispiel die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen. Für den Fall, dass Geschäftsjahr und Kalenderjahr nicht übereinstimmen, waren alle Angaben für das Geschäftsjahr zu machen, das in der Zeit vom 1. April 1996 bis zum 31. März 1997 endete.

Der Erhebungsbereich ist in Artikel 3 der Verordnung des Rates festgelegt. Danach umfasst die Statistik alle Wirtschaftszweige folgender Abschnitte der Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (NACE Rev. 1):

- C (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden),
- D (Verarbeitendes Gewerbe),
- E (Energie- und Wasserversorgung),
- F (Baugewerbe),
- G (Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern)<sup>1)</sup>,
- H (Gastgewerbe) und
- K (Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen).

<sup>1)</sup> Im Folgenden zur besseren Lesbarkeit als Handel bezeichnet.



Aus weiteren Abschnitten der Systematik umfasst sie einzelne Wirtschaftszweige:

- Gruppe 63.3 (Reisebüros und Reiseveranstalter) aus Abschnitt I (Verkehr und Nachrichtenübermittlung),
- die Abteilungen 65 (Kreditgewerbe) und 66 (Versicherungsgewerbe) aus Abschnitt J (Kredit- und Versicherungsgewerbe).

Für die Erhebung des Jahres 1996 bestand in Deutschland eine Ausnahmeregelung, da der Abschnitt K sowie die Gruppe 63.3 von Abschnitt I wegen fehlender Auswahlgrundlagen nicht einbezogen werden konnten.

### **Stichprobenverfahren**

Arbeitskostenerhebungen werden wie die anderen Lohn- und Gehaltsstatistiken als Repräsentativerhebungen durchgeführt. Damit auch für die Bundesländer die Möglichkeit besteht, Ergebnisse der Arbeitskostenerhebung differenziert nachzuweisen, wird die Aufteilung des Gesamtstichprobenumfangs nach dem „Prinzip der vergleichbaren Präzision für gegliederte Ergebnisse“<sup>2)</sup> vorgenommen. Dies bedeutet vereinfacht ausgedrückt, dass kleine Länder einen größeren und große Länder einen kleineren Auswahlsatz erhalten als bei einer proportionalen Aufteilung des Gesamtstichprobenumfangs. Für die Erhebung des Jahres 1996 wurden in Rheinland-Pfalz 1541 Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten ausgewählt, was einem Auswahlsatz von 20 % entspricht.

Die Zufallsauswahl der auskunftspflichtigen Unternehmen erfolgt nach einem bundeseinheitlichen Stichprobenplan. Zur Steigerung der Ergebnispräzision werden die Unternehmen der zu befragenden Wirtschaftszweige für die Erhebung des Jahres 1996 nach 37 nachzuweisenden Gruppen und innerhalb der Gruppen nach 7 Unternehmensgrößenklassen geschichtet. Für jede der so gebildeten 259 Schichten ist in Abhängigkeit von der Gesamtzahl der darin enthaltenen Unternehmen ein individueller Auswahlsatz zu ermitteln. Dies führt dazu, dass die Auswahlwahrscheinlichkeit innerhalb einer Schicht für alle Auswahlseinheiten gleich ist, von Schicht zu Schicht aber differieren kann. Die Stichprobenangaben werden frei hochgerechnet, d.h. die Durchschnittsangaben je vollbeschäftigten Arbeitnehmer der befragten Unternehmen werden mit dem länderspezifischen Hochrechnungsfaktor der jeweiligen Schicht multipliziert.

Zur Entlastung der Unternehmen, die bereits 1992 ausgewählt wurden, erfolgte, so weit dies möglich war, eine Rotation gegenüber dem alten Berichtskreis. Die Grenzen des Rotationsprinzips sind allerdings dann erreicht, wenn Unternehmen in schwach besetzten Wirtschaftszweigen oder Unternehmensgrößenklassen auszuwählen sind.

2) Eine ausführliche Beschreibung des Verfahrens findet sich bei Krug, W., Nourney, M., Schmidt, J.: Wirtschafts- und Sozialstatistik: Gewinnung von Daten, 4. Auflage, München/Wien, S. 118 ff.

### **Angaben je vollbeschäftigten Arbeitnehmer rheinland-pfälzischer Unternehmen**

Als Auswahl- und Befragungseinheit ist das Unternehmen festgelegt, da verschiedene Angaben bei einem Teil des Berichtskreises nicht auf Betriebsebene gemacht werden können. Für das produzierende Gewerbe wird allerdings der Betrieb als Berichtseinheit bestimmt. Mehrbetriebsunternehmen müssen deshalb ihre Daten gesondert für die einzelnen Betriebe melden. Im Dienstleistungssektor ist lediglich eine getrennte Lieferung der Unternehmensangaben nach Bundesländern erforderlich.

Eine getrennte Erfassung und Nachweisung der Angaben der Beschäftigten nach Angestellten und Arbeitern erfolgt ebenfalls nur im produzierenden Gewerbe. Zur Vereinfachung der Erhebung und zur Entlastung der Unternehmen wird auf eine Differenzierung der Angaben nach dem Geschlecht der Arbeitnehmer verzichtet. Zum einen wäre bei einigen Aufwendungen eine Aufteilung nicht möglich und zum anderen sind bei den prozentualen Anteilen der Personalnebenkosten an den Arbeitskosten auch keine geschlechtsbedingten signifikanten Abweichungen der Ergebnisse zu erwarten. Aus diesem Grund sind im Folgenden unter den Bezeichnungen Arbeitnehmer, Arbeiter bzw. Angestellte sowohl weibliche als auch männliche Beschäftigte zu verstehen.

Die nachstehenden Ergebnisse basieren auf dem Unternehmenskonzept und beinhalten die Angaben der Unternehmen mit Sitz in Rheinland-Pfalz mit allen Betrieben bzw. Unternehmensteilen. In einer der nächsten Ausgaben der Statistischen Monatshefte folgen dann auch Ergebnisaufbereitungen nach dem Betriebskonzept, d. h. mit allen in Rheinland-Pfalz gelegenen Betrieben bzw. Unternehmensteilen unabhängig vom Unternehmenssitz. Vergleiche mit den Ergebnissen der Arbeitskostenerhebung 1992 können ebenfalls erst zu einem späteren Zeitpunkt gemacht werden, da die Darstellung der Ergebnisse der letzten Erhebung auf einem modifizierten Unternehmenskonzept beruhte. Damals wurden aus Gründen des zeitlichen Vergleichs mit vorhergehenden Erhebungen Betriebe bzw. Unternehmensteile, die in den neuen Bundesländern lagen, nicht berücksichtigt.

Die Tabellen enthalten die Durchschnittsangaben je vollbeschäftigten Arbeitnehmer. Die Angaben der ebenfalls befragten Teilzeitbeschäftigten sind entsprechend ihrer geleisteten Arbeitszeit in Vollezeiteinheiten umgerechnet.

### **Änderungen gegenüber früheren Arbeitskostenerhebungen**

Während alle Wirtschaftszweige des produzierenden Gewerbes bereits seit den ersten Arbeitskostenerhebungen befragt wurden, trifft dies im Dienstleistungssektor nur für den Handel und das Kredit- und Versicherungsgewerbe zu. In früheren Erhebungen waren nach



den Regelungen der jeweiligen Ratsverordnungen verschiedene weitere Dienstleistungsbereiche einzubeziehen, die in Deutschland teilweise durch Ausnahmeregelungen nicht befragt wurden. 1996 wurde der Dienstleistungsbereich in Deutschland erstmals um die Unternehmen des Gastgewerbes erweitert.

Eine weitere Änderung betrifft ebenfalls den Dienstleistungsbereich. Bei der Erhebung von 1992 musste bei der Meldung der Unternehmensangaben lediglich unterschieden werden, ob die Unternehmensteile im früheren Bundesgebiet oder in den neuen Ländern lagen. Zur Regionalisierung der Ergebnisbereitstellung im Dienstleistungssektor war für 1996 eine getrennte Lieferung der Unternehmensangaben nach Bundesländern erforderlich.

Zusätzliche Modifikationen ergaben sich im Erhebungsablauf durch die Einführung der Pflegeversicherung im Jahr 1995. Darüber hinaus stieg zum 1. Juli 1996, also während des Erhebungszeitraums, der hälftige Satz der Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Pflegeversicherung von 0,5 % auf 0,85 % der Verdienste. Weitaus größere Schwierigkeiten bereitete den Unternehmen allerdings die Angabe der gesetzlichen Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall. Bis zum 30. September 1996 lag die gesetzlich geregelte Fortzahlung der Bezüge bis zur sechsten Krankheitswoche bei 100 %. Ab dem 1. Oktober 1996 galt die Reduzierung des gesetzlich vorgeschriebenen Betrags auf 80 % des Verdienstes. Betrug die Lohnfortzahlung, wie es in der Mehrzahl der Wirtschaftszweige der Fall war, auf Grund tariflicher oder betrieblicher Vereinbarungen weiterhin 100 %, so waren die zusätzlichen 20 % entsprechend als zusätzliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall anzugeben. Diese Angaben lagen in vielen Buchhaltungen nicht explizit vor und mussten daher teilweise sorgfältig geschätzt werden.

## Systematik der Kostenarten

Zum besseren Verständnis der folgenden Ausführungen und wegen der in der öffentlichen Diskussion teilweise unterschiedlichen Abgrenzung dessen, was unter dem Begriff Arbeitskosten verstanden wird, erfolgt zunächst eine kurze Erläuterung häufig verwendeter Begriffe und deren Berechnung.

Der Begriff der Arbeitskosten ist 1966 auf der 11. Internationalen Konferenz der Arbeitsstatistiker bei der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf festgelegt worden und umfasst folgende Positionen:

- Verdienste in der Gliederung Entgelt für geleistete Arbeit, Vergütung arbeitsfreier Zeiten, Sonderzahlungen, Naturalleistungen;

- Arbeitgeberleistungen für die soziale Sicherheit ihrer Arbeitnehmer, darunter Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung, Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung;
- sonstige Arbeitskosten mit gesondertem Nachweis der Aufwendungen für die berufliche Bildung sowie der Kosten von Belegschaftseinrichtungen;
- als Arbeitskosten betrachtete Abgaben, wie die Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz, und als „negative“ Aufwendungen die Erstattung von Arbeitskosten durch den Staat.<sup>3)</sup>

Während bei der Erhebung der Daten auf der Grundlage gemeinsamer Definitionen und harmonisierter statistischer Methoden eine Vereinheitlichung bereits realisiert wurde, gibt es für die Darstellung der Ergebnisse der Arbeitskostenerhebung zwei Konzepte. Im europäischen Vergleich wird eine Gliederung nach direkten und indirekten Kosten vorgenommen. Direkte Kosten umfassen die gesamten Löhne und Gehälter einschließlich der Sonderzahlungen und der Vergütung arbeitsfreier Tage, diese allerdings ohne Krankheitstage. Die übrigen Aufwendungen werden unter den indirekten Kosten zusammengefasst.

In Deutschland wird ein anderer methodischer Ansatz gewählt, der die Berechnung der kalkulatorischen Kennziffer „Personalnebenkosten/Entgelt für geleistete Arbeit“ ermöglicht. Demzufolge werden die Arbeitskosten in das Entgelt für geleistete Arbeit und die Personalnebenkosten gegliedert. Die einzelnen Positionen der Personalnebenkosten sowie die Bruttolöhne und -gehälter werden bei den Unternehmen erfragt. Anschließend werden die Arbeitskosten durch Addition der Bruttolöhne und -gehälter mit den Personalaufwendungen, die keine Verdienstbestandteile darstellen (Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen, sonstige Personalnebenkosten), ermittelt. Das Entgelt für geleistete Arbeit ergibt sich durch Subtraktion der Aufwendungen, die Verdienstbestandteile sind (Sonderzahlungen, Vergütung arbeitsfreier Tage), von den Bruttolöhnen und -gehältern. Der Nachweis der Ergebnisse erfolgt jeweils für die durchschnittlichen Aufwendungen, die den Unternehmen durch die Beschäftigung von Arbeitskräften entstehen.

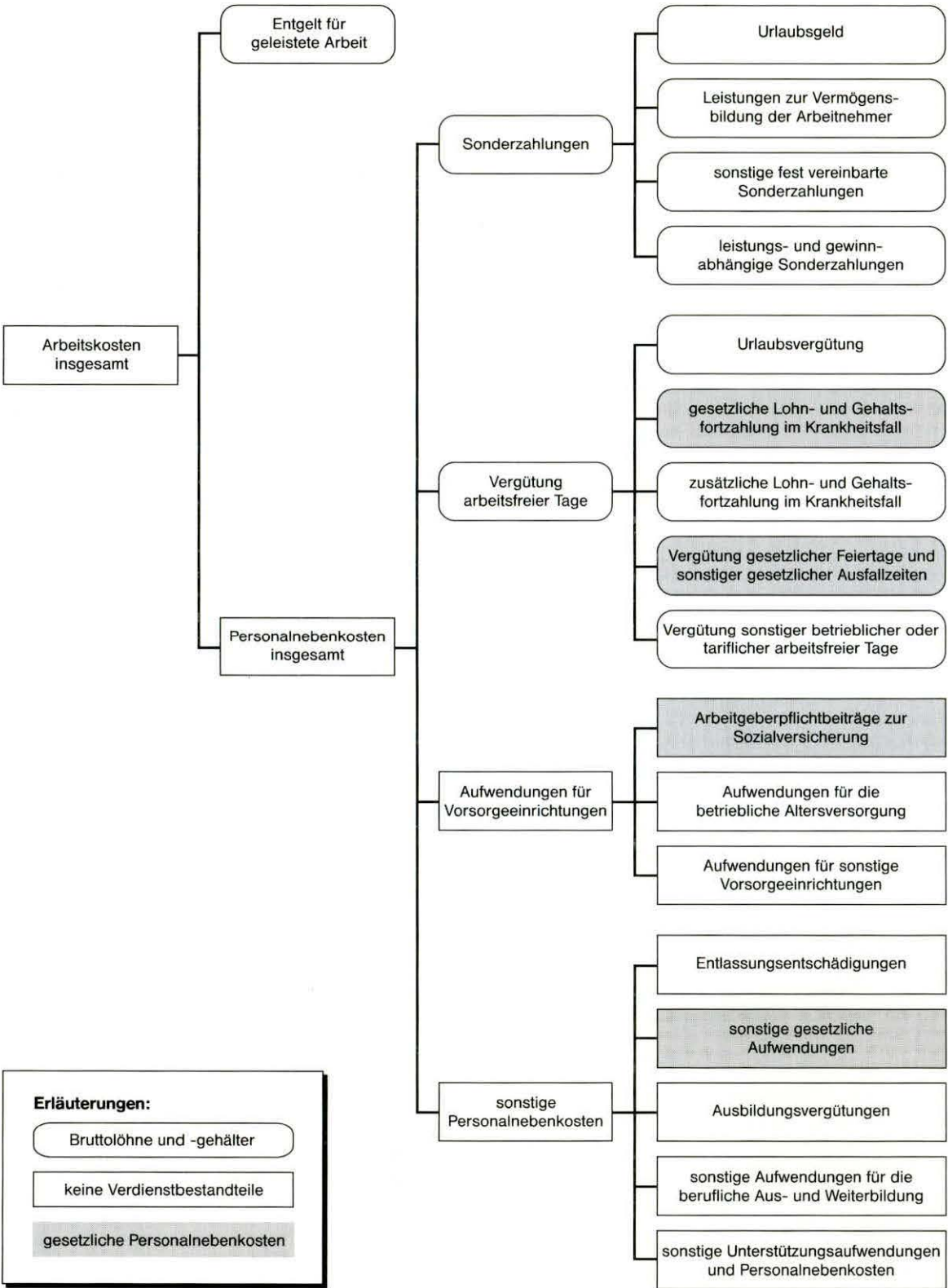
Die Übersicht der Systematik der Kostenarten verdeutlicht diese Zusammenhänge noch einmal exemplarisch an den Arbeitskosten je vollbeschäftigten Arbeitnehmer des produzierenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz und gibt zugleich Aufschluss über die jeweiligen prozentualen Anteile an den gesamten Arbeitskosten. Die grau unterlegten Felder (Bruttolöhne und -gehälter, Personalnebenkosten) stellen die erfragten Positionen dar, während es sich bei den weißen Feldern (Arbeitskosten, Entgelt für geleistete Arbeit) um die berechneten Größen handelt.

Dagegen gibt die Übersicht der Kostenarten bei der Arbeitskostenerhebung Auskunft über die verschiedenen Personalaufwendungen in tiefer Gliederung. Auf eine Darstellung aller sonstigen Personalnebenkosten wurde verzichtet, da sich diese aus vielen Einzelpositio-

3) Vgl. Kaukewitsch, P.: Arbeitskosten im produzierenden Gewerbe 1992, in: Wirtschaft und Statistik, Statistisches Bundesamt, 5/1995, S. 400.

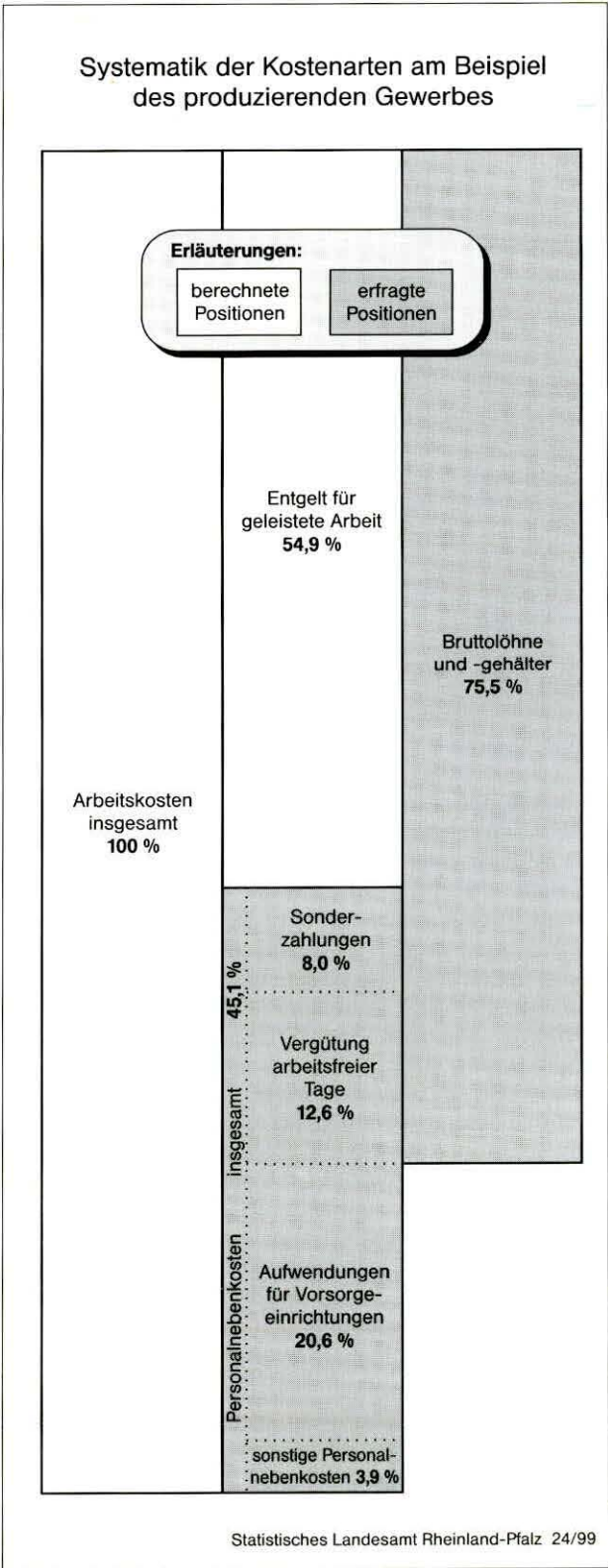


Kostenarten bei der Arbeitskostenerhebung





nen zusammensetzen, die jeweils nur geringe Anteile an den gesamten Personalnebenkosten aufweisen. Zusätzlich wurden auch hier die oben beschriebenen sachlichen Zusammenhänge graphisch dargestellt. Die Personalaufwendungen, die in den Bruttolöhnen und -gehältern enthalten sind, erkennt man an den abgerundeten Feldern. Bei den gesetzlich verursachten Personalnebenkosten sind die Felder grau unterlegt.



**88 085 DM Arbeitskosten je Arbeitnehmer im produzierenden Gewerbe**

Die Arbeitskosten je vollbeschäftigten Arbeitnehmer im produzierenden Gewerbe von Rheinland-Pfalz betrugen im Jahr 1996 im Durchschnitt 88 085 DM. Davon entfielen 54,9 % (48 364 DM) auf das Entgelt für geleistete Arbeit und 45,1 % (39 721 DM) auf die gesamten Personalnebenkosten. Der Anteil der gesetzlichen Personalnebenkosten belief sich mit 18 710 DM auf 21,2 % der Arbeitskosten und entspricht damit 47,1 % der gesamten Personalnebenkosten.

Die Arbeitnehmer erzielten 1996 durchschnittlich 66 500 DM als Bruttojahresverdienst, was 75,5 % der gesamten Arbeitskosten ausmacht. Darin enthalten sind Sonderzahlungen in Höhe von 7 053 DM (8 % der Arbeitskosten) sowie die Vergütung arbeitsfreier Tage mit 11 083 DM (12,6 % der Arbeitskosten). Die übrigen Personalnebenkosten stellen keine Verdienstbestandteile dar. Hierbei handelt es sich in erster Linie um Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen in Höhe von 18 132 DM (20,6 % der Arbeitskosten). Der größte Teil davon entfiel mit 14 447 DM (16,4 % der Arbeitskosten bzw. 36,4 % der Personalnebenkosten) auf die Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung.

In der Ergebnisübersicht fallen die gravierenden Abweichungen zwischen Arbeitern und Angestellten auf. Die Arbeitskosten für Angestellte lagen mit 114 947 DM um 60 % über denen der Arbeiter (71 924 DM). Neben der absoluten Höhe der DM-Beträge unterscheidet sich aber auch die Zusammensetzung der Arbeitskosten. Der Anteil der Bruttogehälter ist auf Grund höherer Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung und für sonstige Personalnebenkosten bei den Angestellten mit 74,8 % der gesamten Arbeitskosten niedriger als bei den Bruttolöhnen der Arbeiter (76,2 %). Diese beiden Kostenarten führen auch dazu, dass die Quote der gesamten Personalnebenkosten bei den Angestellten überdurchschnittlich hoch ist. Das stärkere Gewicht der gesetzlich verursachten Personalnebenkosten bei den Arbeitern (23 % gegenüber 19,4 %) ist dagegen in erster Linie auf die Position Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung zurückzuführen. Die Arbeitskosten je geleisteter Stunde betrugen 52,85 DM je Arbeitnehmer. Die Arbeitgeber mussten dabei Arbeitskosten in Höhe von 70,51 DM je Angestellten und 42,59 DM je Arbeiter aufbringen.

Ein Vergleich der Bereiche „Verarbeitendes Gewerbe“ und „Baugewerbe“ lässt deutliche Unterschiede bei der Höhe und Struktur der Arbeitskosten von Arbeitern und Angestellten erkennen. Im Baugewerbe lagen 1996 die Arbeitskosten der Arbeiter mit 82 102 DM um 15 % über denen des verarbeitenden Gewerbes mit 71 090 DM. Bei den Angestellten kehrte sich diese Relation fast um. Die Arbeitskosten im Baugewerbe beliefen sich auf durchschnittlich 103 558 DM und waren damit um 11 % niedriger als im verarbeitenden Gewerbe (115 796 DM). Bei der Struktur der Arbeitskosten fallen im Baugewerbe darüber hinaus noch die geringe Be-



# Arbeitskosten der vollbeschäftigten Arbeitnehmer im produzierenden Gewerbe 1996<sup>1)</sup>

Berichtsmerkmal	Produzierendes Gewerbe			Darunter					
				verarbeitendes Gewerbe			Baugewerbe		
	Arbeiter	Ange-stellte	Arbeit-nehmer	Arbeiter	Ange-stellte	Arbeit-nehmer	Arbeiter	Ange-stellte	Arbeit-nehmer
DM									
Entgelt für geleistete Arbeit	39 670	62 813	48 364	39 341	63 414	48 426	44 329	57 420	47 091
Personalnebenkosten insgesamt	32 254	52 132	39 721	31 749	52 382	39 536	37 773	46 138	39 538
Sonderzahlungen	5 782	9 166	7 053	5 765	9 138	7 038	5 800	9 606	6 603
Vergütung arbeitsfreier Tage	9 360	13 945	11 083	9 291	14 038	11 083	9 884	12 516	10 439
Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen darunter Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung	14 671	23 884	18 132	14 465	23 969	18 052	15 564	18 547	16 193
sonstige Personalnebenkosten	12 837	17 124	14 447	12 728	17 335	14 467	14 726	16 052	15 006
	2 441	5 137	3 454	2 229	5 237	3 364	6 526	5 469	6 303
Arbeitskosten insgesamt	71 924	114 945	88 085	71 090	115 796	87 963	82 102	103 558	86 629
darunter:									
Bruttolöhne und -gehälter	54 812	85 924	66 500	54 397	86 591	66 547	60 013	79 542	64 133
gesetzliche Personalnebenkosten	16 565	22 274	18 710	16 390	22 494	18 694	19 280	20 732	19 587
Arbeitskosten je geleistete Stunde	42,59	70,51	52,85	42,24	71,12	52,92	45,18	58,43	47,92
% der Arbeitskosten insgesamt									
Entgelt für geleistete Arbeit	55,2	54,6	54,9	55,3	54,8	55,1	54,0	55,4	54,4
Personalnebenkosten insgesamt	44,8	45,4	45,1	44,7	45,2	44,9	46,0	44,6	45,6
Sonderzahlungen	8,0	8,0	8,0	8,1	7,9	8,0	7,1	9,3	7,6
Vergütung arbeitsfreier Tage	13,0	12,1	12,6	13,1	12,1	12,6	12,0	12,1	12,1
Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen darunter Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung	20,4	20,8	20,6	20,3	20,7	20,5	19,0	17,9	18,7
sonstige Personalnebenkosten	17,8	14,9	16,4	17,9	15,0	16,4	17,9	15,5	17,3
	3,4	4,5	3,9	3,1	4,5	3,8	7,9	5,3	7,3
Arbeitskosten insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100
darunter:									
Bruttolöhne und -gehälter	76,2	74,8	75,5	76,5	74,8	75,7	73,1	76,8	74,0
gesetzliche Personalnebenkosten	23,0	19,4	21,2	23,1	19,4	21,3	23,5	20,0	22,6

1) Unternehmen mit 10 und mehr Arbeitnehmern.

deutung der betrieblichen Altersversorgung sowie die wegen der schwierigen Beschäftigungssituation verursachten hohen Entlassungsentschädigungen als Bestandteil der sonstigen Personalnebenkosten auf.

## Große Spanne der Arbeitskosten im Dienstleistungssektor

Die Unternehmen der Dienstleistungsbereiche mussten 1996 Arbeitskosten von durchschnittlich 71 180 DM je Arbeitnehmer aufbringen. Der Anteil der Personalnebenkosten lag mit 43,2 % um fast zwei Prozentpunkte unter dem des produzierenden Gewerbes. In absoluten Zahlen bedeutete das 30 768 DM, von denen 14 729 DM (20,7 % der Arbeitskosten bzw. 47,9 % der Personalnebenkosten) gesetzlich verursacht waren. Bei den Sonderzahlungen (5 786 DM), der Vergütung arbeitsfreier Tage (9 484 DM) sowie den sonstigen Personalnebenkosten (2 827 DM) entsprachen die Anteile an den gesamten Arbeitskosten weitgehend denen des produzierenden Gewerbes. Lediglich die Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen hatten mit 12 671 DM bzw. 17,8 % ein deutlich niedrigeres Gewicht. Hierzu trugen vor allem die geringeren Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Unfallversicherung bei. Die Bruttolöhne und -gehälter betrugen durchschnittlich 55 682 DM und lagen damit

um knapp ein Sechstel unter den Verdiensten der Industrie. Die Arbeitskosten je geleisteter Stunde beliefen sich auf 42,71 DM.

Die Ergebnisse der 1996 in die Arbeitskostenerhebung einbezogenen Dienstleistungsbereiche zeigen deutliche branchenspezifische Unterschiede. Die höchsten Arbeitskosten je vollbeschäftigten Arbeitnehmer entstanden mit 89 873 DM im Kredit- und Versicherungsgewerbe. Der Anteil der Personalnebenkosten war hier mit 48,1 % (43 205 DM) überdurchschnittlich hoch. Als Ursache hierfür sind in erster Linie die Höhe der fest vereinbarten Sonderzahlungen, wie das 13. und speziell im Kreditgewerbe 14. Monatsgehalt, sowie der Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung zu nennen. Das Entgelt für geleistete Arbeit betrug 46 668 DM und entsprach damit 51,9 % der gesamten Arbeitskosten. Der durchschnittliche Bruttojahresverdienst lag mit 68 026 DM sogar über dem der Arbeitnehmer des produzierenden Gewerbes.

Handel und Gastgewerbe wiesen nicht nur ein deutlich niedrigeres Verdienstniveau, sondern auch eine andere Struktur der Arbeitskosten auf als das Kredit- und Versicherungsgewerbe. Die Personalnebenkosten lagen deutlich unter dem Durchschnitt des Dienstleistungssektors und betrugen etwa vier Zehntel der



# Arbeitskosten der vollbeschäftigten Arbeitnehmer im Dienstleistungsbereich 1996<sup>1)</sup>

Berichtsmerkmal	Dienstleistungs- bereich insgesamt	Handel <sup>2)</sup>	Groß- handel	Einzel- handel <sup>3)</sup>	Gast- gewerbe	Kredit- und Ver- sicherungs- gewerbe
DM						
Entgelt für geleistete Arbeit	40 411	38 767	41 659	35 363	28 144	46 668
Personalnebenkosten insgesamt	30 768	26 216	27 602	23 787	19 196	43 205
Sonderzahlungen	5 786	4 232	4 075	3 929	1 809	10 038
Vergütung arbeitsfreier Tage	9 484	8 952	9 841	8 262	6 374	11 320
Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen	12 671	10 943	12 004	9 673	7 752	17 507
darunter Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung	10 852	10 244	10 865	9 401	7 485	12 910
sonstige Personalnebenkosten	2 827	2 088	1 682	1 921	3 261	4 340
Arbeitskosten insgesamt	71 180	64 983	69 262	59 149	47 340	89 873
darunter:						
Bruttolöhne und -gehälter	55 682	51 952	55 576	47 555	36 327	68 026
gesetzliche Personalnebenkosten	14 729	13 889	14 914	12 878	10 123	17 563
Arbeitskosten je geleistete Stunde	42,71	38,85	40,96	35,76	27,99	54,53
% der Arbeitskosten insgesamt						
Entgelt für geleistete Arbeit	56,8	59,7	60,1	59,8	59,5	51,9
Personalnebenkosten insgesamt	43,2	40,3	39,9	40,2	40,5	48,1
Sonderzahlungen	8,1	6,5	5,9	6,6	3,8	11,2
Vergütung arbeitsfreier Tage	13,3	13,8	14,2	14,0	13,5	12,6
Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen	17,8	16,8	17,3	16,4	16,4	19,5
darunter Arbeitgeberpflichtbeiträge zur Sozialversicherung	15,2	15,8	15,7	15,9	15,8	14,4
sonstige Personalnebenkosten	4,0	3,2	2,4	3,2	6,9	4,8
Arbeitskosten insgesamt	100	100	100	100	100	100
darunter:						
Bruttolöhne und -gehälter	78,2	79,9	80,2	80,4	76,7	75,7
gesetzliche Personalnebenkosten	20,7	21,4	21,5	21,8	21,4	19,5

1) Unternehmen mit 10 und mehr Arbeitnehmern. – 2) Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. – 3) Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen); Reparatur von Gebrauchsgütern.

gesamten Arbeitskosten. Die Anteilswerte für den Großhandel (39,9 %), den Einzelhandel (40,2 %) und das Gastgewerbe (40,5 %) wichen nur geringfügig voneinander ab. Im Bereich des Handels wurden durchschnittliche Bruttolöhne und -gehälter von 51 952 DM erzielt. Als Arbeitskosten mussten von den Handelsunternehmen 64 983 DM aufgewendet werden. Eine Gegenüberstellung des Groß- und Einzelhandels verdeutlicht allerdings beträchtliche Unterschiede. So lagen die Verdienste und Arbeitskosten im Großhandel (55 576 DM bzw. 69 262 DM) um 17 % über denen des Einzelhandels (47 555 DM bzw. 59 149 DM). Das Schlusslicht des Dienstleistungsbereichs bildete das erstmals befragte Gastgewerbe, über das auch aus anderen Verdienster-

hebungen keine Vorinformationen vorlagen. Die Bruttoverdienste je Arbeitnehmer beliefen sich 1996 auf lediglich 36 327 DM und auch die Höhe der gesamten Arbeitskosten war mit 47 340 DM deutlich unterdurchschnittlich.

Die Höhe der Arbeitskosten je geleisteter Stunde verdeutlicht ebenfalls die starken Unterschiede in den einzelnen Dienstleistungsbereichen. Die Spannweite reicht hier von 54,53 DM im Kredit- und Versicherungsgewerbe bis zu 27,99 DM im Gastgewerbe.

Diplom-Volkswirt Thomas Kirsche



# Haushalte, Familien und Erwerbstätigkeit

## – Ergebnisse des Mikrozensus –

Der Mikrozensus ermittelt seit 1957 als repräsentative Stichprobe grundlegende Angaben über die Bevölkerung. Im Vordergrund stehen dabei Ergebnisse zum Erwerbsverhalten sowie über Haushalts- und Familienstrukturen. Bei einem Stichprobenumfang von einem Prozent werden in Rheinland-Pfalz jährlich etwa 18 000 Haushalte befragt, deren Angaben auf die Gesamtbevölkerung hochgerechnet werden. Die Befragungen werden in der letzten feiertagsfreien Aprilwoche durchgeführt, was bei der Interpretation der Ergebnisse unter dem Gesichtspunkt saisonaler Einflüsse insbesondere für den Bereich der Erwerbstätigkeit zu beachten ist.

Der Beitrag beschreibt die wichtigsten Ergebnisse des Mikrozensus 1997 überwiegend in Verbindung mit einer Darstellung der zeitlichen Entwicklung seit 1990. Die Angaben werden ergänzt um die Ergebnisse des Mikrozensus 1998, soweit diese bei Redaktionsschluss vorlagen. Weitere Ergebnisse werden in einem der folgenden Statistischen Monatshefte veröffentlicht. Die Aufbereitung und Auswertung des Mikrozensus beanspruchte in den vergangenen Jahren jeweils rund ein Jahr, so dass in der Regel zur Zeit der Befragung der Haushalte die Ergebnisse der vorangegangenen Erhebung vorlagen. Bei erweitertem Fragenprogramm oder grundlegenden strukturellen Änderungen konnte dies unter Umständen aber auch deutlich später sein. Durch umfangreiche Automatisierungen konnte der Zeitbedarf für die Aufbereitung in den vergangenen Jahren verkürzt werden.

### Immer mehr Single-Haushalte

Die Zahl der Haushalte hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. 1997 gab es mit 1 795 600 Haushalten 12,7 % mehr als 1990. Im April 1998 verzeichnete der Mikrozensus einen erneuten Anstieg auf 1 802 700 Haushalte. Unter einem Haushalt wird eine Gemeinschaft von Personen verstanden, die gemeinsam wohnen und wirtschaften; auch allein wohnende und wirtschaftende Personen werden als Haushalt gezählt.

Diese Entwicklung wird zum einen durch den allgemeinen Bevölkerungszuwachs verursacht, der auf den politischen Umbruch in Osteuropa und die daraus resultierenden positiven Wanderungssalden zurückzuführen ist. Weitaus entscheidender für den Anstieg der Zahl der Privathaushalte sind zum anderen aber grundlegende Änderungen in deren Struktur. So lebt ein immer größerer Teil der Bevölkerung in immer kleineren Haushalten.

Im April 1997 gab es 591 700 Einpersonenhaushalte. Das sind fast 3 000 mehr als ein Jahr zuvor und über 110 000 mehr als 1990. Noch deutlicher fällt die Entwicklung im langfristigen Vergleich aus. So gab es 1950 erst 130 800 und 1970 schon 237 200 Alleinlebende. Im April 1998 registrierte der Mikrozensus 588 300 Einpersonenhaushalte. Damit ist derzeit im Landesdurchschnitt jeder dritte Haushalt ein Single-Haushalt. Ledige

Privathaushalte und Bevölkerung in Privathaushalten 1990 - 1998 nach Haushaltstypen

Haushaltstyp	1990		1995		1996		1997		1998	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
<b>Privathaushalte</b>										
Einpersonenhaushalte	481,1	30,2	574,1	32,7	588,8	33,1	591,7	33,0	588,3	32,6
Mehrpersonenhaushalte	1 112,1	69,8	1 183,4	67,3	1 189,9	66,9	1 204,0	67,1	1 214,4	67,4
davon mit										
2 Personen	494,1	31,0	570,3	32,4	580,1	32,6	595,9	33,2	605,7	33,6
3 Personen	300,8	18,9	301,5	17,2	294,5	16,6	294,3	16,4	294,6	16,3
4 Personen	231,8	14,5	220,7	12,6	228,0	12,8	229,4	12,8	231,2	12,8
5 und mehr Personen	85,5	5,4	91,0	5,2	87,3	4,9	84,3	4,7	82,9	4,6
Insgesamt	1 593,2	100	1 757,5	100	1 778,7	100	1 795,6	100	1 802,7	100
<b>Bevölkerung in Privathaushalten</b>										
Einpersonenhaushalte	481,1	12,8	574,1	14,4	588,8	14,7	591,7	14,7	588,3	14,5
Mehrpersonenhaushalte	3 280,3	87,2	3 412,8	85,6	3 423,4	85,3	3 445,5	85,3	3 462,7	85,5
davon mit										
2 Personen	988,1	26,3	1 140,5	28,6	1 160,1	28,9	1 191,9	29,5	1 211,4	29,9
3 Personen	902,4	24,0	904,5	22,7	883,6	22,0	882,9	21,9	883,8	21,8
4 Personen	927,3	24,7	882,6	22,1	912,0	22,7	917,6	22,7	924,8	22,8
5 und mehr Personen	462,5	12,3	485,2	12,2	467,7	11,7	453,1	11,2	442,9	10,9
Insgesamt	3 761,4	100	3 986,9	100	4 012,2	100	4 037,2	100	4 051,2	100



# Haushalte 1990 - 1997 nach Haushaltstyp sowie Familienstand und Alter der Bezugsperson

Familienstand Alter der Bezugsperson	Einpersonenhaushalte				Mehrpersonenhaushalte			
	1990	1995	1996	1997	1990	1995	1996	1997
	1 000							
Verheiratet zusammen lebend	x	x	x	x	935,5	983,7	986,8	999,5
Ledig	183,5	236,4	241,2	235,8	60,6	73,3	75,6	78,3
Verheiratet getrennt lebend	23,8	37,2	41,4	41,4	14,5	17,6	21,6	20,3
Verwitwet	215,2	230,5	232,7	235,6	56,6	52,8	51,2	50,3
Geschieden	58,6	70,0	73,5	79,0	45,0	56,0	54,7	55,5
Insgesamt	481,1	574,1	588,8	591,7	1 112,1	1 183,4	1 189,9	1 204,0
davon mit Alter der Bezugsperson von ... bis unter ... Jahren								
unter 25	44,7	46,4	44,3	39,4	28,7	20,1	24,7	21,0
25 - 35	77,5	110,0	111,5	110,5	187,9	201,6	190,9	183,2
35 - 45	37,3	57,7	66,5	65,5	237,7	256,6	259,6	262,2
45 - 55	43,5	48,6	48,4	50,3	251,8	224,5	226,8	232,2
55 - 65	62,4	73,7	76,1	75,7	216,2	247,8	253,1	256,3
65 und älter	215,6	237,7	242,1	250,0	189,8	232,9	234,7	249,2

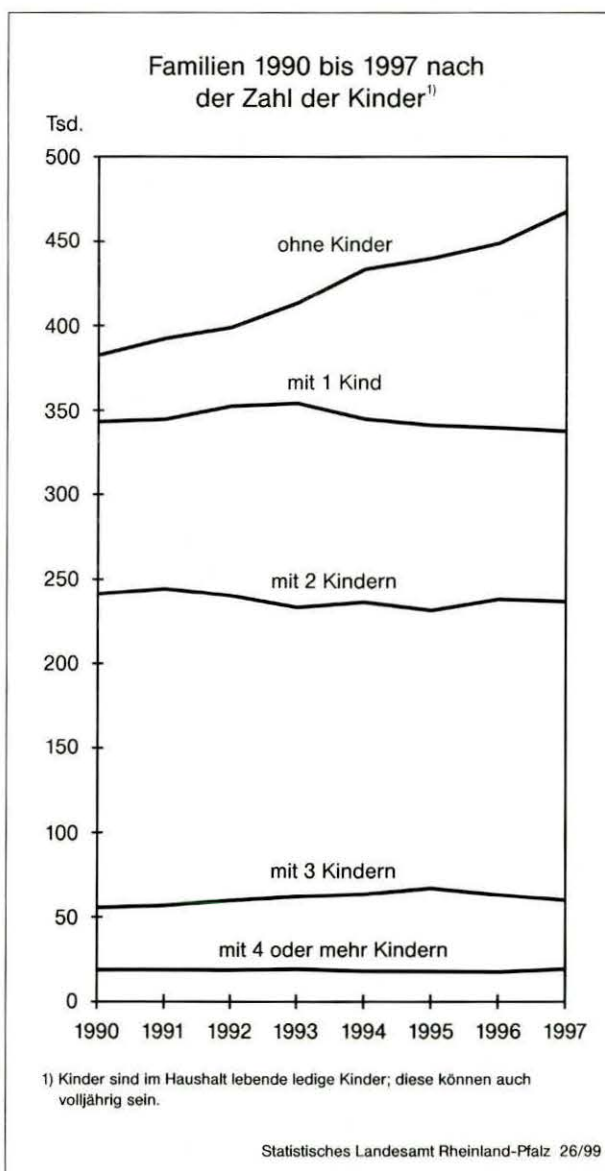
und verwitwete Personen haben mit jeweils fast 40 % den weitaus größten Anteil an den Alleinlebenden; geschieden sind 13 % und verheiratet getrennt lebend 7 %. Besonders häufig leben ältere Menschen allein; so liegt der Anteil der Alleinlebenden, die 65 Jahre oder älter sind, bei mehr als 42 %. Außerdem leben deutlich mehr Frauen (355 000) als Männer (237 000) allein.

Haushalte mit zwei Personen sind der am häufigsten anzutreffende Haushaltstyp. 1997 gab es 595 900 Zweipersonenhaushalte; das sind über 100 000 mehr als 1990. Dieser Haushaltstyp hat auch im langfristigen Vergleich stetig zugenommen; so ist die Zahl der Zweipersonenhaushalte von 219 500 im Jahr 1950 im Verlauf von 20 Jahren auf 319 700 angestiegen. 1998 gab es 605 700 Haushalte, in denen zwei Personen lebten. Der Anteil dieses Haushaltstyps liegt damit bei gut einem Drittel. Demgegenüber ist der Anteil größerer Haushalte in den vergangenen Jahren kleiner geworden.

## Mehr kinderlose Ehepaare, mehr Alleinerziehende

Während der Haushaltsbegriff auf das gemeinsame Wohnen und Wirtschaften abstellt, geht es bei der Betrachtung von Familien um verwandtschaftliche Verhältnisse. Zu den Familien zählen Eltern sowie Alleinerziehende mit ihren Kindern, aber auch Ehepaare ohne Kinder. Eine Altersgrenze für die Zählung als Kind gibt es nicht. In Abhängigkeit von der Fragestellung ist es aber möglich, nur Kinder eines bestimmten Alters zu betrachten. Berücksichtigt werden Kinder aber nur, so weit sie in der Familie leben und ledig sind.

Besonders deutlich ist die Entwicklung bei den Ehepaaren ohne Kinder verlaufen, deren Zahl von 1990 bis 1997 um mehr als 22 % auf 467 400 zugenommen hat. Erhebliche Veränderungen gab es aber auch bei den





## Familien 1990 - 1997 nach Familientypen

Familientyp	1990		1995		1996		1997	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Ehepaare <sup>1)</sup>	932,5	89,5	977,9	89,1	984,8	89,0	996,8	89,0
ohne Kinder	382,5	36,7	439,9	40,1	448,9	40,6	467,4	41,7
mit Kindern	550,0	52,8	538,0	49,0	535,9	48,4	529,4	47,2
Alleinerziehende <sup>2)</sup>	109,0	10,5	119,3	10,9	122,2	11,0	123,8	11,0
Frauen	90,0	8,6	99,5	9,1	97,4	8,8	98,7	8,8
Männer	19,0	1,8	19,8	1,8	24,6	2,2	25,0	2,2
Familien insgesamt	1 041,5	100	1 097,0	100	1 107,0	100	1 120,6	100

1) Kinder sind im Haushalt lebende ledige Kinder; diese können auch volljährig sein. 2) Einschließlich der Alleinerziehenden, die Partner in einer nicht ehelichen Lebensgemeinschaft sind. Als Alleinerziehende zählen auch Väter und Mütter mit volljährigen Kindern.

Alleinerziehenden, insbesondere bei den allein erziehenden Männern. Während der Mikrozensus 1990 erst 109 000 Alleinerziehende registrierte, wurde 1997 ein Anstieg auf 123 800 festgestellt, dies entspricht einer Veränderungsrate von 13,6%. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der allein erziehenden Männer von 19 000 auf 25 000 und damit um 31,6% gestiegen. Bei der Interpretation dieser Zahlen ist jedoch zu beachten, dass sie infolge kleiner Besetzungszahlen mit vergleichsweise großen Zufallsfehlern behaftet sind. Beschränkt man die Betrachtung der zeitlichen Entwicklung der Alleinerziehenden auf solche mit Kindern unter 18 Jahren, so fällt bei deutlich niedrigeren absoluten Werten die Veränderungsrate mit 29,2% erheblich größer aus.

Betrachtet man die Entwicklung der Zahl der Familien mit Kindern nach der Zahl der Kinder, so zeigt sich langfristig gesehen ein eindeutiger Trend zur kleineren Familie. So ist beispielsweise die Zahl der Familien mit vier oder mehr Kindern, die 1970 noch bei über 63 000 lag, bis Mitte der 80er Jahre auf weniger als 20 000 abgesunken. Bei dem in diesem Beitrag im Vordergrund stehenden relativ kurzen Vergleichszeitraum ist keine eindeutige Entwicklung zu erkennen. 1990 gab es 18 800 Familien dieses Typs, 1996 mit 17 500 etwas weniger und 1997 mit 19 200 wieder mehr. Die Zahl der Familien mit drei Kindern belief sich 1997 auf 59 900; das sind 4 300 mehr als sieben Jahre zuvor. Ein-Kind-Familien gab es 337 700, Zwei-Kind-Familien 236 500; gegenüber 1990 sind das 5 600 bzw. 4 700 weniger.

### Analyse der Einkommenssituation problematisch

In konjunkturell schwierigen Zeiten bei hohen Arbeitslosenzahlen wird auch in den so genannten reichen Ländern, den westlichen Industrienationen, zunehmend über Wohlstand und Armut diskutiert. An dieser Stelle soll weder die Definition des Begriffes Armut noch das methodische Instrumentarium derartiger Analysen erörtert werden. Der Mikrozensus kann hier jedoch mit seinen Ergebnissen über die Einkommenssituation einen Erklärungsbeitrag liefern. Der Mikrozensus ist die einzige statistische Erhebung, die differenzierte Einkommensangaben für die Gesamtheit der Bevölkerung liefert.

Andererseits handelt es sich hier sicherlich um einen der problematischsten Bereiche des Mikrozensus. Da die Angaben auf den Auskünften der befragten Personen beruhen, also nicht beispielsweise aus Unterlagen der Finanzämter oder der Unternehmen stammen, müssen hinsichtlich der Validität der Ergebnisse gewisse Einschränkungen zugestanden werden. Dies liegt einmal darin begründet, dass in aller Regel eine Person Angaben für alle Haushaltsmitglieder – also auch für die bei der Befragung nicht Anwesenden – macht; außerdem dürfte die Furcht vieler Befragter mitspielen, etwas preisgeben zu müssen, was sie unter Umständen lieber verheimlichen wollen. Andererseits verteilen sich daraus resultierende Fehler sicherlich über alle Befragten, so dass sie für strukturelle Analysen vergleichsweise wenig ins Gewicht fallen. Die folgende Ausführung beschränkt sich auf eine Darstellung der Familieneinkommen. Die nicht zu den Familien zählenden Alleinlebenden ohne Kinder bleiben dabei unberücksichtigt.

Etwa ein Drittel der Familien gab im April 1997 an, ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als 3000 DM zu haben. Rund 10% hatten weniger als 1 900 DM. Das Einkommen umfasst nicht nur Einkünfte aus Erwerbstätigkeit, aus Rente oder Pension, sondern z. B. auch aus Vermietung und Verpachtung oder Einkünfte aus Kapitalvermögen oder Sozialhilfe, Arbeitslosenunterstützung, Kindergeld, Wohngeld oder BAföG. Gut ein Drittel der Familien verfügte danach über mehr als 4500 DM. Zu den 10% reichsten Familien gehörten die mit einem Nettoeinkommen von mehr als 7000 DM. Das Durchschnittseinkommen aller Familien, ermittelt als Median mit linearer Interpolation in der Einfallsklasse, lag bei 3800 DM.

Eine Differenzierung nach verschiedenen Familientypen zeigt besonders niedrige Einkommen für allein erziehende Mütter; sie verfügen durchschnittlich über weniger als 2500 DM im Monat. Dies dürfte zum einen darin begründet liegen, dass berufstätige Frauen in der Regel weniger verdienen als Männer, andererseits ist es im Allgemeinen für Alleinerziehende schwer, die Versorgung der Kinder und die Führung des Haushalts mit der Erzielung eines angemessenen Einkommens zu verbinden.



# Familien im April 1997 nach monatlichem Nettoeinkommen

Familientyp Anzahl der Kinder in der Familie	Familien mit einem monatlichen Nettoeinkommen von ... bis unter ... DM								Durch- schnitts- ein- kommen <sup>1)</sup>
	unter 1 400	1 400 – 1 800	1 800 – 2 500	2 500 – 3 000	3 000 – 3 500	3 500 – 4 000	4 000 – 4 500	4 500 und mehr	
	1000								
Ehepaare	28,0	36,2	111,2	103,1	108,0	105,6	102,5	359,5	3 900
ohne Kinder	19,7	27,4	83,6	63,2	56,8	44,2	39,8	114,9	3 300
mit Kindern	(8,5)	(8,8)	27,7	39,9	51,2	61,3	62,7	244,6	4 400
mit 1 Kind	(5,1)	/	14,2	20,7	24,1	30,1	30,3	109,4	4 300
mit 2 Kindern	/	/	(9,1)	14,7	21,3	23,0	23,4	103,2	4 600
mit 3 und mehr Kindern	/	/	/	/	(5,8)	(8,2)	(9,0)	32,0	4 400
Alleinerziehende, weiblich	18,1	11,0	20,3	10,7	(9,6)	(6,8)	(5,3)	13,7	2 400
Alleinerziehende, männlich	/	/	/	/	/	/	/	(6,8)	3 400
Insgesamt <sup>2)</sup>	48,2	48,8	135,0	116,5	120,3	114,7	110,1	380,0	3 800

1) Median, ermittelt durch lineare Interpolation in den Einfallsklassen. – 2) Ohne Alleinstehende ohne Kinder.

Ehepaare ohne Kinder verfügen über ein geringeres Einkommen als solche mit Kindern. Die Ursache hierfür ist in den günstigeren Steuertarifen, der Zahlung des Kindergeldes, aber auch in der altersbedingten beruflichen Karriere und der damit verbundenen Einkommensverbesserung der Eltern zu sehen. Außerdem tragen in Haushalten mit Kindern gegebenenfalls eigene Einkommen der Kinder zu einer Erhöhung des Durchschnitts bei. Dabei ist zu beachten, dass für die Berücksichtigung als Kind in diesem Zusammenhang keine Altersbegrenzung gilt, also auch im Haushalt lebende erwachsene „Kinder“ mitzählen. Natürlich müssen von den höheren Gesamteinkommen auch mehr Personen ihren Lebensunterhalt bestreiten als in Familien ohne Kinder.

## Erwerbstätigkeit ist Hauptquelle des Lebensunterhalts

Die bedeutendste Quelle des Lebensunterhalts ist für die meisten Menschen die Erwerbstätigkeit. Im April

1997 gaben 39,3 % der Befragten an, den überwiegenden Lebensunterhalt aus Erwerbstätigkeit zu beziehen. Dieser Anteil ist jedoch rückläufig; so waren es 1990 noch 41,8 % gewesen. Ursache für diese Entwicklung ist der zunehmende Anteil älterer, nicht mehr erwerbstätiger Menschen sowie die gestiegene Arbeitslosigkeit. Der Anteil der Personen mit überwiegendem Lebensunterhalt aus Arbeitslosengeld oder -hilfe hat seit 1990 von 1,6 auf 2,5 % zugenommen, in absoluten Zahlen ausgedrückt ist dies nahezu eine Verdoppelung.

Eine weitere wichtige Rolle für den Lebensunterhalt spielen Renten und Pensionen, die aufgrund der Altersstrukturveränderungen in der Bevölkerung wachsende Bedeutung erlangt haben. 20,2 % der Bevölkerung bezogen 1997 ihren überwiegenden Lebensunterhalt aus dieser Quelle; gegenüber 1990 sind dies 2 Prozentpunkte mehr. Auch der Anteil der Menschen, die primär vom Unterhalt durch Angehörige leben, ist hoch. Er lag 1997 bei 33,2 % und war bei den Frauen mit 43,9 % deutlich höher als bei den Männern (22,0 %).

## Bevölkerung 1990 - 1997 nach dem überwiegenden Lebensunterhalt

Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts	1990		1995		1996		1997	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Erwerbstätigkeit	1 555,0	41,8	1 594,8	40,3	1 588,9	39,9	1 572,8	39,3
Arbeitslosengeld/-hilfe	57,8	1,6	85,7	2,2	98,9	2,5	100,6	2,5
Rente, Pension	676,8	18,2	781,4	19,7	797,4	20,0	810,6	20,2
Sozialhilfe	62,8	1,7	114,1	2,9	131,8	3,3	117,7	2,9
Unterhalt durch Angehörige	1 293,5	34,8	1 277,3	32,3	1 282,4	32,2	1 329,4	33,2
Sonstige Unterstützung	57,8	1,6	89,4	2,3	57,4	1,4	44,0	1,1
Eigenes Vermögen	17,3	0,5	14,6	0,4	19,9	0,5	20,0	0,5
Leistungen aus einer Pflegeversicherung	–	–	–	–	/	/	10,7	0,3
Insgesamt	3 720,9	100	3 957,3	100	3 980,7	100	4 005,8	100



## Beteiligung am Erwerbsleben 1990 - 1998

Beteiligung am Erwerbsleben	Männer					Frauen				
	1990	1995	1996	1997	1998	1990	1995	1996	1997	1998
1 000										
Bevölkerung	1 801,4	1 932,4	1 945,5	1 960,9	1 968,0	1 919,5	2 024,9	2 035,1	2 044,9	2 049,4
Erwerbspersonen	1 094,0	1 102,4	1 104,9	1 101,8	1 109,7	710,8	746,5	758,2	764,3	785,3
Erwerbstätige	1 045,8	1 023,0	1 017,8	1 009,5	1 023,7	656,1	684,4	695,8	700,4	724,8
Erwerbslose	48,3	79,5	87,2	92,3	86,0	54,7	62,1	62,4	63,9	60,5
Nichterwerbspersonen	707,4	829,9	840,6	859,1	858,3	1 208,7	1 278,5	1 276,8	1 280,6	1 264,1
Anteil an der Bevölkerung in %										
Erwerbspersonen	60,7	57,0	56,8	56,2	56,4	37,0	36,9	37,3	37,4	38,3
Erwerbstätige	58,1	52,9	52,3	51,5	52,0	34,2	33,8	34,2	34,3	35,4
Erwerbslose	2,7	4,1	4,5	4,7	4,4	2,8	3,1	3,1	3,1	3,0
Nichterwerbspersonen	39,3	42,9	43,2	43,8	43,6	63,0	63,1	62,7	62,6	61,7

### Wachsende Erwerbsbeteiligung der Frauen

Während die Bevölkerung von 1990 bis 1997 um 7,7 % zugenommen hat, ist die Zahl der Erwerbstätigen im gleichen Zeitraum nur um 0,5 %, die der Erwerbslosen aber um mehr als 50 % gestiegen. In absoluten Zahlen ausgedrückt stehen einem Bevölkerungszuwachs von knapp 285 000 Personen eine Zunahme der Erwerbstätigen um 8 000 und der Erwerbslosen um gut 53 000 gegenüber. Damit hat die Anzahl der Nichterwerbspersonen, also derjenigen, die keinerlei auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen, um nahezu 224 000 zugenommen.

Die Entwicklung zeigt deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede. So sind die weibliche Bevölkerung und die Zahl der erwerbstätigen Frauen mit 6,5 bzw. 6,8 % in etwa gleichem Maße gewachsen; anders ausgedrückt stehen rund 125 000 zusätzlichen weiblichen Personen gut 44 000 erwerbstätige Frauen gegenüber. Im Vergleich dazu ist die Zunahme der männlichen Bevölkerung um 8,9 % mit einer um 3,5 % rückläufigen Erwerbstätigenzahl einhergegangen.

Die Zahl der Erwerbspersonen, die sich aus den Erwerbstätigen und den Erwerbslosen zusammensetzen, wird nicht nur durch die Erwerbsneigung, also den Wunsch am Erwerbsleben teilzunehmen, sondern auch durch die Altersstruktur der Bevölkerung bestimmt. Die Zahl der Personen, die 65 Jahre oder älter sind und damit in aller Regel nicht mehr als Nachfrager nach Arbeit auftreten, hat im Vergleichszeitraum um mehr als 22 % zugenommen. Auch die Zahl der unter 15-jährigen, die dem Arbeitsmarkt normalerweise noch nicht zur Verfügung stehen, ist mit fast 11 % deutlich stärker gestiegen als die Bevölkerung im so genannten erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 65 Jahren (+3,6%). Gleichzeitig ist die Zahl der Erwerbslosen, also der Personen, die ohne Arbeitsverhältnis sind, sich aber unabhängig davon, ob sie beim Arbeitsamt als Arbeitslose registriert sind, um eine Arbeitsstelle bemü-

hen, deutlich gestiegen. Bei den Männern hat sich deren Zahl auf 92 300 nahezu verdoppelt, bei den Frauen ist sie um fast 17 % auf 63 900 angestiegen.

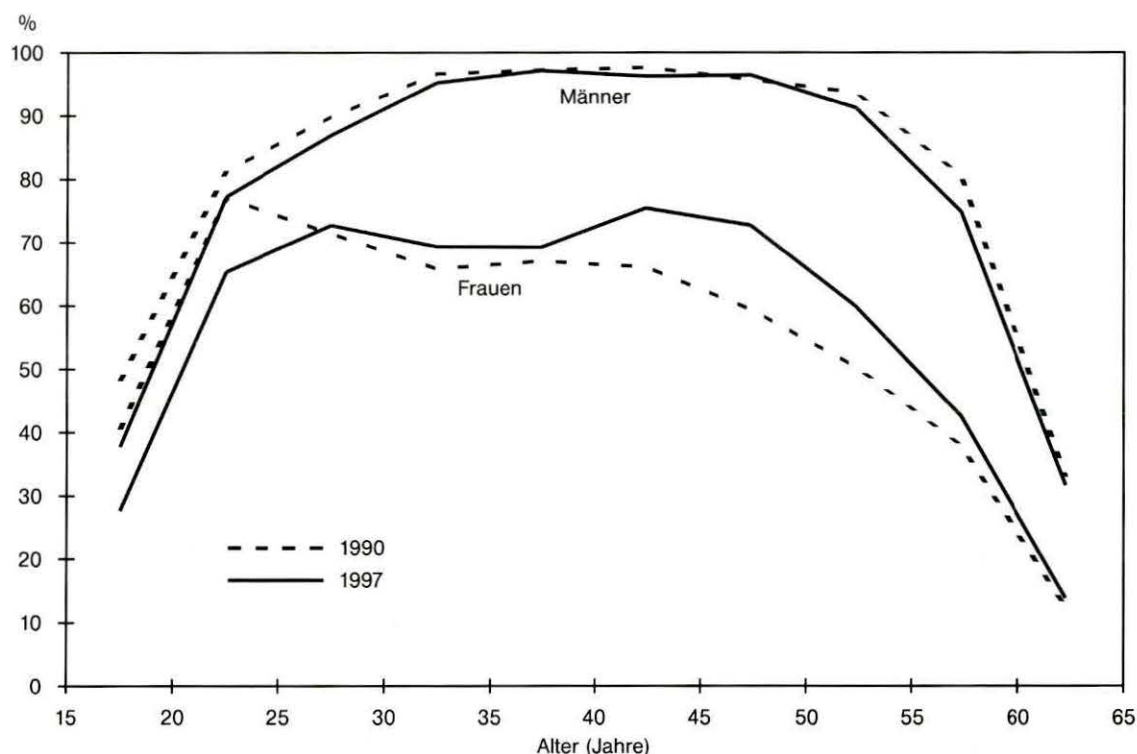
Eine differenziertere Analyse der Erwerbsbeteiligung erfolgt mittels alters- und geschlechtsspezifischer Erwerbsquoten, die die Zahl der Erwerbspersonen nach fünf Jahre umfassenden Altersgruppen zur Bevölkerungszahl gleichen Alters und Geschlechts in Beziehung setzen.

Männer im Alter von 30 bis 50 Jahren zeigen eine weitgehend konstante Erwerbsbeteiligung nur wenig unter 100 %. Demgegenüber ist bei den über 50- und den unter 30-jährigen Männern eine tendenziell rückläufige Erwerbsbeteiligung zu verzeichnen, was aufgrund der angespannten Arbeitsmarktlage überwiegend als zwangsläufiger Rückzug aus der Erwerbsbeteiligung zu werten ist. Besonders deutlich fällt diese Entwicklung bei den unter 25-jährigen Männern, aber auch Frauen auf, was für viele junge Leute nicht nur Ausdruck des Strebens nach einer besseren Ausbildung und dem damit verbundenen Besuch von weiterführenden Schulen oder Hochschulen ist, sondern mitunter als einzige Alternative zur Arbeitslosigkeit gesehen wird.

Konstante oder zunehmende Erwerbsbeteiligung zeigt sich in allen anderen Altersklassen bei den Frauen. Dies ist sicherlich Ausdruck einer zunehmenden Abkehr von der mit „Heim und Herd“ verbundenen traditionellen Frauenrolle und einer damit einhergehenden verstärkten Beteiligung am Erwerbsleben. Eine Rolle spielt hier auch, dass viele Paare keine oder gegenüber früher weniger Kinder haben bzw. bei der Geburt eines Kindes kürzere Erwerbspausen, unter Umständen auch arbeitsteilig mit dem Partner, eingelegt werden. Mitunter sind auch wirtschaftliche Zwänge für eine wachsende Beteiligung am Erwerbsleben ausschlaggebend.



Erwerbsbeteiligung 1990 und 1997 nach Alter und Geschlecht



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 27/99

Für den April 1998 registrierte der Mikrozensus einen zunächst überraschend deutlichen Anstieg der Erwerbstätigenzahlen auf 1 748 600 Personen. Das sind 38 700 mehr als ein Jahr zuvor. Dies ist zum Teil auf eine weiter verbesserte Erfassung der geringfügigen Beschäftigung zurückzuführen. Bei der Interpretation des noch verbleibenden Anstiegs sind die im Rahmen einer solchen Stichprobe zwangsläufig anfallenden Zufallsschwankungen zu beachten. So zeigen erste Analysen, dass die 1998 gezogene Auswahl zu einer hinsichtlich der Erwerbstätigkeit günstigeren Zusammensetzung der Stichprobe geführt hat. Daher kann die durch den Mikrozensus beobachtete Entwicklung nicht überinterpretiert werden und es sollten die Ergebnisse anderer Statistiken – z. B. der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – mit berücksichtigt werden.

#### Weniger Erwerbstätige im verarbeitenden Gewerbe

Neben der Entwicklung globaler Erwerbstätigenzahlen sind Veränderungen der Beschäftigtenentwicklung in wirtschaftsfachlicher Untergliederung von Interesse. Wegen der vorgenommenen Änderungen bei der Klassifikation der Wirtschaftszweige ist eine solche Darstellung allerdings nur mit Einschränkungen möglich. Daher werden an dieser Stelle Veränderungen im Zeitablauf nur für die Jahre seit 1995 betrachtet.

Mit 462 300 Personen waren im April 1997 mit Abstand die meisten Erwerbstätigen im so genannten Wirtschaftsunterbereich „Bergbau und verarbeitendes Gewerbe“ beschäftigt. Gegenüber 1995 war hier mit einem Minus von 14 500 Beschäftigten zugleich auch die größte absolute negative Veränderung zu verzeichnen. Einen Zuwachs in etwa gleicher Höhe konnte der Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleistungen (ohne öffentliche Verwaltung) registrieren; 334 700 Erwerbstätige gaben beim Mikrozensus 1997 an, dort beschäftigt zu sein. Dieser Wirtschaftsunterbereich beinhaltet unter anderem das Gesundheits- und Veterinärwesen mit 113 000 Beschäftigten sowie die Bereiche Kindergärten, Schulen, Hochschulen und Erwachsenenbildung mit zusammen 82 400 Erwerbstätigen. Einen deutlichen Zuwachs konnte auch der Wirtschaftsunterbereich „Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen“ aufweisen; dort waren 1997 mit 93 100 Erwerbstätigen 9,5% mehr als 1995 beschäftigt.

Eine Unterscheidung nach der Stellung im Beruf zeigt, dass 1997 von den 1 709 900 Erwerbstätigen 44,6% Angestellte und 36,3% Arbeiter, 10,8% Selbstständige oder mithelfende Familienangehörige und 8,4% Beamte waren. Gegenüber 1990 hat der Anteil der Angestellten mit 4,9 Prozentpunkten am stärksten zugenommen und der der Arbeiter mit 3,7 Prozentpunkten am stärksten abgenommen.



## Erwerbstätige im April 1997 nach Wirtschaftsunterbereichen

Wirtschaftsunterbereich	Erwerbstätige					
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
	1 000			Veränderung gegenüber 1995 in %		
Land- und Forstwirtschaft	54,4	35,2	19,2	-0,9	-0,6	-2,0
Energie- und Wasserversorgung	16,5	13,9	/	-6,3	0,7	/
Bergbau und verarbeitendes Gewerbe	462,3	345,0	117,3	-3,0	-3,4	-2,1
Baugewerbe	146,6	129,4	17,2	0,6	0,5	1,8
Handel und Gastgewerbe	281,7	125,2	156,5	1,6	-0,4	3,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	89,9	61,7	28,2	-3,3	-6,7	4,8
Kredit- und Versicherungsgewerbe	59,1	30,5	28,6	-0,5	3,0	-3,7
Grundstückswesen, Vermietung, Dienstleistungen für Unternehmen	93,1	46,6	46,5	9,5	11,0	8,1
Öffentliche und private Dienstleistungen (ohne öffentliche Verwaltung)	334,7	107,0	227,7	4,6	3,7	5,0
Öffentliche Verwaltung u. Ä.	171,6	115,0	56,6	-3,3	-5,2	0,7
Insgesamt	1 709,9	1 009,5	700,4	0,1	-1,3	2,3

### Geringfügige Beschäftigung

Ein unter anderem im Rahmen der Flexibilisierung der Arbeitszeit diskutiertes Thema sind die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse. Mit unterschiedlichen Methoden durchgeführte Schätzungen differieren erheblich und gehen von bundesweit bis zu mehr als 5 Mill. geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen aus. Beim Mikrozensus 1997 gaben hochgerechnet rund 1,9 Mill. Menschen an, in der letzten Aprilwoche eine geringfügige Beschäftigung als einzige Erwerbsquelle ausgeübt zu haben.

Nach dem so genannten Erwerbskonzept des Mikrozensus zählen zu den Erwerbspersonen alle Personen, die in der Berichtswoche gearbeitet haben, unabhängig vom Umfang dieser Tätigkeit. Alle Erwerbstätigkeiten dieser Personen werden gleichermaßen berücksichtigt, unabhängig davon, ob es sich um eine hauptberufliche oder um eine Nebentätigkeit, z.B. auch eines Rentners, handelt. Auch nur stundenweise ausgeübte Tätigkeiten sind dabei zu berücksichtigen. Nach diesem Konzept gelten auch alle Personen mit einer geringfügigen Beschäftigung im Sinne der Sozialversicherungsregelungen als erwerbstätig. Eine geringfügige Beschäftigung ist eine sozialversicherungsfreie Tätigkeit; hierzu zählen insbesondere Tätigkeiten mit einer Arbeitszeit von unter 15 Stunden pro Woche und einem monatlichen Höchsteinkommen, das 1997 bei 610 DM lag. Kinder und Jugendliche, die das fünfzehnte Lebensjahr noch nicht überschritten haben, werden in jedem Fall den Nichterwerbspersonen zugerechnet.

Von den befragten Personen werden geringfügige Beschäftigungen aber häufig nicht als Erwerbstätigkeit angesehen; der mitunter geringe Lohn wird nur als zusätzliches Taschengeld betrachtet. Um sicherzustellen, dass derartige Beschäftigungsverhältnisse von den Befragten als Erwerbstätigkeit eingestuft werden, wird seit dem Mikrozensus 1990 eine entsprechende Frage gestellt. Zusätzliche Erläuterungen, gezieltes Nachfra-

gen und diesbezügliche Änderungen bei der Schulung der eingesetzten Interviewerinnen und Interviewer haben in den Jahren danach zu einem ständig wachsenden Erfassungsgrad geführt, der natürlich nicht mit einem realen Zuwachs der geringfügigen Beschäftigung gleichzusetzen ist. Daher ist eine Analyse der Ergebnisse im Zeitablauf in diesem Fall nicht angebracht. Es muss auch nach wie vor von einer erheblichen Untererfassung ausgegangen werden, da zu vermuten ist, dass selbst bei gezieltem Nachfragen zahlreiche Personen derartige Beschäftigungsverhältnisse nicht angeben. Das Hauptaugenmerk sollte daher weniger auf die absolute Höhe als vielmehr auf die Struktur der geringfügigen Beschäftigung gerichtet werden.

Personen mit mehreren Beschäftigungsverhältnissen werden im Mikrozensus nur einmal, nämlich mit der von ihnen angegebenen Haupterwerbstätigkeit, als Erwerbstätige gezählt. Insoweit berücksichtigen die Ergebnisse geringfügige Beschäftigungen nur dann, wenn es sich um die einzige Beschäftigung handelt.

Bei der Analyse der geringfügigen Beschäftigung ist das Berichtswochenkonzept des Mikrozensus in besonderem Maße zu beachten. So sind beispielsweise in den Semester- oder Osterferien ausgeübte derartige Beschäftigungsverhältnisse in den auf die letzte Aprilwoche bezogenen Ergebnissen des Mikrozensus nicht enthalten.

Im April 1997 gaben hochgerechnet 95 100 Personen an, eine geringfügige Beschäftigung als einzige Erwerbstätigkeit auszuüben. Der weitaus überwiegende Teil, nämlich 82 %, waren Frauen. Von den ausschließlich geringfügig beschäftigten Frauen waren weit mehr als drei Viertel (78,7 %) verheiratet und gut 11 % ledig. Ausländer waren unter den geringfügig Beschäftigten mit 8,7 % stärker vertreten als unter den Erwerbstätigen insgesamt (7,0 %).



In der Untergliederung nach dem Alter fallen ausgeprägte geschlechtsspezifische Unterschiede auf. So sind weit mehr als 80 % der Frauen, aber deutlich weniger als 50 % der Männer zwischen 25 und 60 Jahre alt. Dies deutet darauf hin, dass Männer vor Aufnahme oder nach Beendigung einer regulären Vollzeittätigkeit geringfügig beschäftigt sind, während Frauen ein solches Beschäftigungsverhältnis offenbar häufiger als eine Möglichkeit zur Verbesserung des Familieneinkommens nutzen. So gaben 54 % der Frauen mit einer geringfügigen Beschäftigung als Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts den Unterhalt durch Angehörige an; bei der Gesamtheit aller erwerbstätigen Frauen waren dies weniger als 12 %.

Bei der wirtschaftsfachlichen Verteilung zeigen sich deutliche Konzentrationen. Geringfügige Beschäftigungen werden überwiegend in den Bereichen Handel und Gastgewerbe sowie öffentliche und private Dienstleistungen ausgeübt. Im April 1997 gaben 26 400 oder knapp 28 % der geringfügig Beschäftigten an, im Handel und Gastgewerbe tätig zu sein, darunter 15 100 im Einzelhandel und 8 300 im Gastgewerbe. Der Anteil der öffentlichen und privaten Dienstleistungen lag bei rund 29 %.

Im Rahmen des Mikrozensus 1998 wurden 110 000 geringfügige Beschäftigungsverhältnisse festgestellt.

Diplom-Ökonom Günter Ickler



# Landwirtschaftszählung 1999

Landwirtschaftszählungen finden seit 1882 in größeren Zeitabständen statt. Nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland erfolgte die erste Erhebung dieser Art im Jahr 1949. Seitdem wurden sie in einem 8- bis 12-jährigen Turnus wiederholt. Nachdem die letzte umfassende agrarstrukturelle Bestandsaufnahme acht Jahre zurückliegt, hat der Gesetzgeber mit dem am 1. Juli 1998 in Kraft getretenen Gesetz zur Änderung des Agrarstatistikgesetzes und anderer Gesetze für das Jahr 1999 wieder eine Landwirtschaftszählung angeordnet. Die Anhebung und Angleichung der unteren Erfassungsgrenzen für die Agrarstatistiken und die Änderung der Erhebungsorganisation der landwirtschaftlichen Strukturhebungen durch die Einführung einer integrierten Erhebung<sup>1)</sup> greift in der Erhebungspraxis erstmals bei der Landwirtschaftszählung 1999, wobei insbesondere durch die Änderung der Erfassungsgrenzen die Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu denen vorhergehender Erhebungen beeinträchtigt wird. Zudem unterliegt die Landwirtschaftszählung 1999 im Vergleich zur Landwirtschaftszählung von 1991 einer Straffung des Merkmalprogramms.

## EU-Belange erfüllt

Die Landwirtschaftszählung erfüllt die Anforderungen der Europäischen Union an einen umfassenden Agrarzensus. Er soll für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union vergleichbare Daten über die Landwirtschaft zur Verfügung stellen, um eine europaweite Beobachtung der aktuellen Lage der Landwirtschaft und der Auswirkungen zurückliegender agrarpolitischer Maßnahmen zu ermöglichen. Diese so genannte Grunderhebung in der Landwirtschaft ist nach einer entsprechenden EG-Rechtsvorschrift zwischen dem 1. Dezember 1998 und dem 1. März 2001 vorzunehmen. Auch die Organisation für Ernährung und Landwirtschaft der Vereinten Nationen (FAO) empfiehlt für die Zeit um 2000 eine Weltlandwirtschaftszählung.

Die Landwirtschaftszählung 1991 umfasste eine Haupterhebung bei allen landwirtschaftlichen Betrieben und Forstbetrieben sowie eine Weinbau-, einen Gartenbau- und eine Binnenfischereierhebung. Die Weinbau-, Gartenbau- und Binnenfischereierhebung richteten sich jeweils nur an Betriebe mit entsprechenden Produktionsgrundlagen. Für 1999 sind zunächst nur die Haupterhebung, die als eigentliche Landwirtschaftszählung gilt, und die Weinbauerhebung angeordnet worden. Beide finden 1999 gemeinsam statt, während sie früher zeitlich getrennt durchgeführt wurden.

1) Die Änderungen im Bereich der amtlichen Agrarstatistik aufgrund der Novellierung des Agrarstatistikgesetzes sind ausführlich beschrieben in Breitenfeld, Jörg: Das novellierte Gesetz über Agrarstatistiken, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 11/98, S. 249 ff.

2) Breitenfeld, Jörg: Übernahme von Verwaltungsdaten aus dem integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystem (InVeKoS) für Zwecke der Bodennutzungshaupterhebung, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 3/97, S. 67 ff.

## Landwirtschaftszählung als erweiterte Agrarstrukturhebung

Während Daten über die landwirtschaftliche Produktion schon immer laufend erhoben wurden, standen Informationen über die betrieblichen Verhältnisse in der Land- und Forstwirtschaft bis Anfang der siebziger Jahre nur aus den Landwirtschaftszählungen zur Verfügung. Mit der zunehmenden Bedeutung der europäischen Agrarpolitik wurde es erforderlich, in kürzeren Zeitabständen Strukturdaten zu erheben. 1975 wurde deshalb die Agrarberichterstattung, die ab 1999 als Agrarstrukturhebung bezeichnet wird, als Ergänzung zur Landwirtschaftszählung eingeführt. Sie weist den gleichen Erhebungs- und Darstellungsbereich wie die Landwirtschaftszählung auf und liefert alle zwei Jahre vergleichbare Daten. Allerdings ist ihr Merkmalprogramm weniger umfassend.

Da alle Merkmale der Agrarstrukturhebung auch für Zwecke der Landwirtschaftszählung benötigt werden, wurden die Landwirtschaftszählungen so terminiert, dass sie mit den Strukturhebungen einhergehen. Letztlich handelt es sich bei der Landwirtschaftszählung 1999 nur noch um die Erhebung einiger zusätzlicher Merkmale, sozusagen um eine erweiterte Agrarstrukturhebung.

## Merkmalprogramme überprüft und sekundärstatistische Nutzung von Verwaltungsdaten erweitert

Die Überprüfung der Agrarstatistik hat zu Änderungen im Merkmalprogramm der Agrarstrukturhebung und Landwirtschaftszählung geführt. Merkmale zur Rechtsform der Betriebe, zur Gewinnermittlung und Umsatzbesteuerung, zu den Viehbeständen, Arbeitskräften und sozialökonomischen Verhältnissen sowie zur Bodennutzung und neuerdings auch zur Art der Bewirtschaftung (ökologischer Landbau) werden im Rahmen der Agrarstrukturhebung alle vier Jahre allgemein, d. h. in allen Betrieben, erhoben. In den dazwischenliegenden Erhebungen werden sie mit Ausnahme der Gewinnermittlung und Umsatzbesteuerung repräsentativ erfragt. Die Landwirtschaftszählung geht mit einer allgemeinen Erhebung dieser Merkmale einher. Da Fragen zur Bodennutzung, Rechtsform der Betriebe, Art der Bewirtschaftung und zu den Viehbeständen ohnehin im Rahmen der jeweiligen Produktionserhebungen einem jährlichen Turnus unterliegen und in die Agrarstrukturhebung bzw. Landwirtschaftszählung übernommen werden, hält sich die zusätzliche Belastung der Auskunftspflichtigen durch die Strukturhebungen in Grenzen. Hinzu kommt, dass das Agrarstatistikgesetz den statistischen Landesämtern seit 1998 die Möglichkeit einräumt, Daten über die Bodennutzung und Viehhaltung, die für Verwaltungszwecke erhoben werden, in die Statistik zu übernehmen. In Rheinland-Pfalz wird zur Erfassung der Bodennutzung und der Art der Bewirtschaftung von einer solchen sekundärstatistischen Nutzung Gebrauch gemacht<sup>2)</sup>.



Das weitere Merkmalprogramm der Agrarstrukturhebung (Eigentums- und Pachtverhältnisse, Pachtentgelte, außerbetriebliche Erwerbs- und Unterhaltsquellen, Anfall und Aufbringung von Wirtschaftsdüngern tierischer Herkunft) wird grundsätzlich repräsentativ erfasst. Der über die Agrarstrukturhebung hinausgehende allein für Zwecke der Landwirtschaftszählung 1999 erweiterte Erhebungsumfang wurde im Vergleich zur Landwirtschaftszählung 1991 eingeschränkt. Er beinhaltet eine allgemeine und nicht nur wie bei der Agrarstrukturhebung repräsentative Erfassung der Eigentums- und Pachtverhältnisse sowie Pachtentgelte. Darüber hinaus werden die Fragen zur Hofnachfolge und Vermietung von Unterkünften an Ferien- und Kurgäste allgemein und die zur Berufsbildung repräsentativ erhoben. Die 1991 noch bei der Landwirtschaftszählung erfassten Merkmale „Referenzmenge nach der Milch-Garantiemengen-Verordnung“ und „Ausstattung und Einsatz von landwirtschaftlichen Maschinen“ wurden gestrichen sowie das Merkmal „Mitgliedschaft in Erzeugergemeinschaften oder -organisationen“ ausgesetzt.

### Einbindung der Weinbauerhebung

Die Weinbauerhebungen fanden bisher als eigenständige Erhebungen statt und deckten den speziellen Datenbedarf im Bereich des Weinbaus ab. Verbunden mit den Weinbauerhebungen sind auch regelmäßige Grunderhebungen über die bestockte Rebfläche. Sie sind in der EU aufgrund einer entsprechenden Verordnung aus dem Jahr 1979 im Turnus von zehn Jahren durchzuführen. Die Grunderhebungen werden durch jährliche Zwischenerhebungen über die Veränderungen der mit Keltertraubensorten bestockten Rebfläche ergänzt. Die Ergebnisse der Grunderhebungen sind im Unterschied zu den laufenden statistischen Erhebungen über die Rebflächen betriebsweise darzustellen. Die Zwischenerhebung erfordert dagegen nur die Aufbereitung der Rebflächen. In Rheinland-Pfalz werden seit 1992 für die Ergebnisbereitstellung der Zwischenerhebungen die in der EG-Weinbaukartei vorliegenden Einzeldaten, die primär Verwaltungszwecken im Weinbereich dienen, sekundärstatistisch ausgewertet.

Die bisherige erfolgreiche Auswertung der EG-Weinbaukartei und die umfangreichen Datenbestände der Landwirtschaftszählung gaben Anlass, das Konzept einer eigenständigen Erhebung zu ändern. Ergebnisse für Zwecke der Weinbauerhebung und der Grunderhebung 1999 werden überwiegend nur noch durch Auswertungen aus der EG-Weinbaukartei und der Grunderhebung der Landwirtschaftszählung bereitgestellt. Eine Datenlücke besteht lediglich im Bereich der Vermarktung und des Absatzes von Weinbauerzeugnissen. Der Erhebungsbogen der Landwirtschaftszählung wird deshalb um Fragen zu Vermarktung und Absatz ergänzt. Den Weinbaubetrieben wird so das Ausfüllen eines umfangreichen Fragebogens erspart und die Ergebnisse können kostengünstiger erstellt werden.

Da allerdings die amtliche Agrarstatistik Betriebe nachweist, während die Weinbaukartei neben Betrieben auch aus rechtlichen und steuerlichen Gründen gebil-

dete Besitzeinheiten führt, weicht die Zahl der Einheiten zwischen beiden Quellen deutlich voneinander ab. Betriebe im Sinne der Statistik sind technisch-wirtschaftliche Einheiten, die einer einheitlichen Betriebsführung unterliegen und dieselben Maschinen, Arbeitskräfte und Wirtschaftsgebäude einsetzen. Bilden mehrere Besitz(Eigentums-)einheiten eine technisch-wirtschaftliche Einheit, so werden sie in der Statistik nur als ein Betrieb angesehen. Mit dem Ziel, zu früheren Weinbauerhebungen vergleichbare Ergebnisse zu erhalten, müssen die Besitzeinheiten der Weinbaukartei im Vorfeld der Auswertung zu Betrieben im Sinne der amtlichen Statistik zusammengeführt werden. Zur Vorbereitung sind die in der Weinbaukartei erfassten Einheiten im Zuge der 98er-Fortschreibung zu diesem Sachverhalt befragt worden.

### Geänderter Informationsbedarf bestimmte das Erhebungsprogramm

Die Erhebungsmerkmale der Agrarstrukturhebung und Landwirtschaftszählung 1999 wurden vor allem auch vor dem Hintergrund sich wandelnder agrarpolitischer Rahmenbedingungen und des damit verbundenen Informationsbedarfs überprüft und geändert. Ausschlaggebende Aspekte für die Berücksichtigung der einzelnen Merkmale werden nachfolgend dargestellt:

#### – Ökologischer Anbau

Die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte nach den Richtlinien der Anbauverbände für ökologischen Landbau gewinnt immer mehr an Bedeutung, zumal für die Umstellung auf den ökologischen Anbau eine Reihe von Förderprogrammen eingeführt wurde. Agrarpolitik und Öffentlichkeit haben nicht zuletzt daher einen Bedarf nach Ergebnissen für ökologisch wirtschaftende Betriebe geäußert.

Beginnend mit der allgemeinen Agrarstrukturhebung/Landwirtschaftszählung sind die Auskunftspflichtigen im zweijährigen Rhythmus zu fragen, ob sie ihre Erzeugnisse als ökologisch erzeugte Produkte vermarkten. Voraussetzung für diesen Vermarktungsweg ist die Teilnahme an einem europaweit gültigen Kontrollverfahren, das in der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 geregelt ist. Auf der Basis dieses Kontrollverfahrens wird in Rheinland-Pfalz die Erhebung der Art der Bewirtschaftung auf sekundärstatistischem Weg durchgeführt, indem die in Rheinland-Pfalz im Rahmen des Verwaltungsvollzugs erfassten Anschriften der betreffenden Betriebe dem Statistischen Landesamt übermittelt und die Betriebe danach im Datensatz gekennzeichnet werden, so dass dementsprechend Auswertungen vorgenommen werden können. Die Vorgehensweise garantiert die Übereinstimmung der von der Statistik festgestellten Zahl der Betriebe mit der aus dem Verwaltungsvollzug. Eine nach dem Merkmalprogramm vorgesehene klassifizierende Frage auf dem Erhebungsbogen kann dadurch entfallen.



#### – Rechtsform

Familienbetriebe, die in der Regel in der Rechtsform eines Einzelunternehmens geführt werden, herrschen zwar in der deutschen Landwirtschaft vor, mit der Wiedervereinigung 1990 haben jedoch auch Betriebe der Rechtsformen „Personengesellschaft, -gemeinschaft“ und „Juristische Person“ an Bedeutung gewonnen. Betriebe dieser Rechtsformen sind zwar besonders in den neuen Bundesländern verbreitet, aber auch in Westdeutschland schließen sich immer mehr Familienbetriebe aus betriebswirtschaftlichen und sozialen Gründen zu einer Betriebsgemeinschaft zusammen. Die bisherige Unterscheidung in Betriebe, deren Inhaber natürliche Personen sind, und Betriebe, deren Inhaber juristische Personen sind, genügt nicht mehr den aktuellen Anforderungen. Für die Gestaltung von Fördermaßnahmen und die Beratung sind vielmehr Ergebnisse von Interesse, die die Unterschiede im Umfang der Produktionsgrundlagen zwischen den Betrieben der drei Rechtsformen (Einzelunternehmen, Personengesellschaft/-gemeinschaft, Juristische Person) aufzeigen.

#### – Bodennutzung und Viehbestände

Die Daten hierzu erfüllen sowohl die Anforderungen der Produktionsstatistiken als auch der Strukturerhebungen und dienen vielfältigsten Zwecken im Zusammenhang mit der Marktbeobachtung und der Erstellung von Versorgungsbilanzen. Auf Grundlage der erzeugten Getreidemenge wird z. B. auch der Anteil der stillzulegenden Flächen für die Erlangung der Ausgleichszahlungen für Getreide, Ölsaaten oder Eiweißpflanzen festgelegt. Die Daten bilden im Rahmen der Strukturerhebungen u.a. die Grundlage für die betriebssystematische Gliederung. Diese ermöglicht es, mit Hilfe der Berechnung des Standardbetriebseinkommens die wirtschaftliche Ausrichtung zu kennzeichnen, indem die Betriebe nach Betriebsbereichen, -formen, -arten und -typen gruppiert werden.

#### – Anfall und Aufbringung von Wirtschaftsdüngern tierischer Herkunft

Die Diskussionen um eine Überdüngung der Böden und Gewässer hatten bereits früher zu der Aufnahme von Fragen über die Aufbringung und Lagerung von Wirtschaftsdüngern tierischer Herkunft in das Erhebungsprogramm geführt. Die Ergebnisse spielten bei der Schaffung einer bundesweiten Regelung zur Aufbringung von tierischen Exkrementen eine Rolle. Auf Grund dieser Regelung darf beispielsweise Wirtschaftsdünger zu bestimmten Jahreszeiten nicht mehr ausgebracht werden.

#### – Eigentums- und Pachtverhältnisse, Pachtentgelte

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ist in den letzten 50 Jahren um über 80 % auf heute unter 40 000 zurückgegangen. Die landwirtschaftlich

genutzte Fläche der Betriebe ist dagegen nur um etwa ein Viertel auf rund 720 000 ha verkleinert worden. Die weiterwirtschaftenden Betriebe haben somit einen großen Teil der Flächen übernommen. Der Übergang erfolgt in der Regel durch eine Zupachtung. So sind mittlerweile gut 60 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche gepachtet. Der Zukauf von Flächen ist in Deutschland im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern ohne größere Bedeutung.

Die Pachtzahlungen für Einzelgrundstücke, deren Eigentümer nicht mit dem Betriebsinhaber verwandt sind, betrugen in Rheinland-Pfalz 1997 über 120 Mill. DM. Die Größenordnung verdeutlicht, dass die Pachtzahlungen auf einzelbetrieblicher Ebene durchaus einen Einfluss auf den Gewinn der Betriebe ausüben können. Durch die Beobachtung der Pachtmärkte und Pachtpreise lassen sich eventuelle Störungen und die Auswirkungen agrarpolitischer Maßnahmen frühzeitig erkennen. Die im Rahmen der Landwirtschaftszählung stattfindende allgemeine Erhebung der Merkmale ermöglicht auch regionale Analysen des Pachtmarktes.

#### – Gewinnermittlung, Umsatzbesteuerung

Wie die aktuellen Diskussionen über die Steuerreform zeigen, lag mit den bisherigen Fragen zum Vorliegen einer Buchführung keine ausreichende Datenbasis für die Beurteilung angestrebter steuerlicher Änderungen vor. Der Fragenkomplex wurde aus diesem Grund völlig neu konzipiert. Es wird nunmehr die Art der Gewinnermittlung erfragt (z.B. aufgrund einer Buchführung oder Besteuerung nach Durchschnittssätzen (§ 13a-Landwirt)). Ebenfalls neu aufgenommen wurde die Frage nach der Regelbesteuerung im Rahmen der Umsatzbesteuerung. Landwirtschaftliche Betriebe unterliegen nämlich normalerweise der Umsatzsteuerpauschalierung, d. h. sie brauchen keine Aufzeichnungen über vereinnahmte Umsatzsteuer oder gezahlte Umsatzsteuer (Vorsteuer) zu machen. Aus betriebswirtschaftlichen Gründen wie z.B. einer größeren Investition kann es jedoch interessant sein, auf die Umsatzsteuerpauschalierung zu verzichten und für die Regelbesteuerung zu optieren. Der Landwirt muss in diesem Fall die gezahlte Umsatzsteuer von der eingenommenen abziehen und die Differenz an das Finanzamt abführen. In den Fällen, wo die gezahlte Umsatzsteuer größer ist als die eingenommene Umsatzsteuer, erhält er die Differenz vom Finanzamt erstattet.

#### – Arbeitskräfte

Neben Geschlecht und Alter wird der Umfang der Beschäftigung in den Bereichen Betrieb und Haushalt erfragt. Da viele Betriebe keine Vollbeschäftigung der Arbeitskräfte ermöglichen, haben auch Fragen zu einer anderweitigen Erwerbstätigkeit Bedeutung. Die Angaben ermöglichen so Aussagen über die soziale Situation auf den Betrieben. Während in den bisherigen Landwirtschaftszählungen für alle Arbeitskräfte hierzu Daten erhoben wurden, erfolgt dies ab 1999



nur noch in Stichprobenbetrieben. Die Fragen beschränken sich auf Betriebsinhaber, Ehegatten und mit betrieblichen Arbeiten Beschäftigte. In den Nichtstichprobenbetrieben wird im Gegensatz zur Landwirtschaftszählung 1991 für die Familienarbeitskräfte und die sonstigen Beschäftigten nur noch die Anzahl untergliedert nach 4 Arbeitszeitgruppen erfragt. Dies bringt sowohl für die Auskunftspflichtigen als auch für die statistischen Landesämter eine Vereinfachung.

- Sozialökonomische Verhältnisse, außerbetriebliche Erwerbs- und Unterhaltsquellen und soziale Sicherung

Kenntnisse über die sozialökonomischen Verhältnisse, die soziale Absicherung und die außerbetrieblichen Einkommensquellen ermöglichen erst eine vollständige Beurteilung der sozialen Situation landwirtschaftlicher Familien. Die Familienarbeitskräfte werden daher nach Einkünften aus außerbetrieblichen Einkommensquellen, deren Verhältnis zu den betrieblichen Einkünften und nach einer Beitragszahlung in die landwirtschaftliche Alterskasse und die Rentenversicherung gefragt. Daraus lässt sich dann ableiten, wie die sozialen Sicherungssysteme in der Landwirtschaft weiter entwickelt werden müssen.

- Hofnachfolge

Die Angaben über den Anteil an Betrieben, die weiter geführt werden, sind eine wichtige Grundlage für Prognosen über die künftige Entwicklung der Agrarstruktur. Die Ergebnisse können aber auch für die Planung und Entwicklung von Vorruhestandsregelungen für ältere Landwirte oder Förderprogrammen für jüngere Landwirte herangezogen werden.

- Vermietung von Unterkünften an Ferien- oder Kurgäste

Einige landwirtschaftliche Betriebe erzielen durch die Vermietung von Unterkünften an Feriengäste ein zusätzliches Einkommen. Die Erwerbskombination bietet sich vor allem in landschaftlich reizvollen Gebieten an. Durch den Vergleich mit den Daten von 1991 kann beurteilt werden, ob der Urlaub auf dem Bauern-/Winzerhof an Bedeutung gewonnen hat und inwieweit eine weitere Förderung der Entwicklung erforderlich ist.

- Berufsbildung

Betriebe mit einem ähnlichen Umfang an Produktionsfaktoren weisen häufig große Unterschiede im betrieblichen Gewinn aus. Diese Differenz kann zum Teil mit dem unterschiedlichen Ausbildungsniveau der Betriebsleiter erklärt werden. Die Ergebnisse hierzu ermöglichen Aussagen über das Ausbil-

dungsniveau und die gegenüber 1991 eingetretenen Veränderungen. Sie zeigen aber auch auf, in welchen Bereichen noch Handlungsbedarf besteht.

- Vermarktung im Weinbau

Weinbaubetriebe erzielen durch die Selbstvermarktung in der Regel eine wesentlich höhere Wertschöpfung als zum Beispiel bei der Lieferung ihres Lesegutes an eine Winzergenossenschaft oder an den Handel. Kenntnisse über die Vermarktungsarten und die Absatzwege sind daher von großer Bedeutung. Die Daten können auch als Entscheidungshilfe für Regulierungsmaßnahmen auf dem Weinmarkt dienen.

### **Änderungen im Auswertungsprogramm der Landwirtschaftszählung**

Die Landwirtschaftszählung ist – wie bereits beschrieben – in einem großen Bereich identisch mit der Agrarstrukturhebung. Das Aufbereitungsprogramm der Agrarstrukturhebung bildet daher auch den Kern des Tabellenprogramms der Landwirtschaftszählung. Als Grundlage für die Aufbereitung der darüber hinaus erhobenen Merkmale der Landwirtschaftszählung werden die Tabellen der Erhebung von 1991 verwendet. Entsprechend der Novellierung des Agrarstatistikgesetzes war ein Teil des Tabellenprogramms allerdings zu überarbeiten.

Dies betrifft z.B. die Größenklassengliederung nach der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF). Aufgrund der Anhebung der unteren Erfassungsgrenzen werden die bisherigen Größenklassen „unter 1 ha LF“ und „1 bis 2 ha LF“ zukünftig zu einer Größenklasse „unter 2 ha LF“ zusammengefasst. Die geänderten Erfassungsgrenzen bedeuten jedoch eine Einschränkung der Vergleichbarkeit mit den vorhergehenden Agrarstrukturhebungen und der Landwirtschaftszählung 1991. Im Übrigen werden die aktuellen Tabellen – von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen – im Gegensatz zum Tabellenprogramm der Landwirtschaftszählung von 1991 nach einheitlichen Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche gegliedert.

Die Tabellen der Agrarstrukturhebung über Bodennutzung, Viehhaltung, Wirtschaftsdünger tierischer Herkunft, außerbetriebliche Erwerbs- und Unterhaltsquellen sowie Eigentums- und Pachtverhältnisse und Pachtentgelte bleiben mit Ausnahme der Änderungen bei den Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche unverändert. Das Gleiche gilt für die Aufbereitungen im Rahmen der Betriebssystematik. Die Ergebnisse können daher unter Berücksichtigung der heraufgesetzten unteren Erfassungsgrenzen weitgehend mit denen der Landwirtschaftszählung von 1991 und der zurückliegenden Agrarstrukturhebungen verglichen werden.

Methodische Änderungen bei der sozialökonomischen Betriebstypisierung führen zu geringfügigen Einschränkungen der Vergleichbarkeit, da 1999 nur noch die Betriebe der Rechtsform Einzelunternehmen einbezogen werden. Ferner wird als Kriterium nicht mehr



allein das Verhältnis des betrieblichen zum außerbetrieblichen Einkommen herangezogen, sondern auch der Arbeitseinsatz<sup>3)</sup>. Die Auswertungen der Agrarstruktur-erhebung zu den Merkmalkomplexen Buchführung und Arbeitskräfte bedurften einer umfassenden Überarbeitung. Die bisherigen Tabellen zur Buchführung sind durch die neu konzipierten Tabellen zur Gewinnermittlung und Umsatzbesteuerung ersetzt worden. Ein Vergleich mit Ergebnissen früherer Erhebungen ist somit nicht möglich. Da ab 1999 die Tätigkeit im Haushalt des Betriebsinhabers nur noch für den Betriebsinhaber und seinen Ehegatten erhoben wird, weisen die Arbeitskräftetabellen im Wesentlichen nur noch die betriebliche Tätigkeit der Arbeitskräfte nach, so dass sich ein Vergleich mit Ergebnissen früherer Erhebungen darauf beschränken muss.

Bei den Eigentums- und Pachtverhältnissen sowie Pachtentgelten und den Arbeitskräften ermöglicht die allgemeine Erhebung bei der Landwirtschaftszählung auch den Nachweis regionaler Ergebnisse. Während früher für die allgemeine Aufbereitung der genannten Bereiche die Tabellen aus der repräsentativen Agrarstruktur-erhebung als Grundlage verwendet wurden, ist dies 1999 nur für die Eigentums- und Pachtverhältnisse und die Pachtentgelte möglich. Die geänderte Erfassung der Arbeitskräfte in den Nichtstichprobenbetrieben erforderte neue Tabellen.

Das spezielle Merkmalprogramm der Landwirtschaftszählung 1999 mit den Merkmalen zur sozialen Sicherung, zur Hofnachfolge, zur Vermietung von Unterkünften an Ferien- und Kurgäste und zur Berufsbildung kann in Anlehnung an die Tabellen der Landwirtschaftszählung 1991 aufbereitet werden.

### **Neues Tabellenprogramm der Weinbauerhebung**

Die Neukonzeption der Weinbauerhebung erforderte eine umfassende Überarbeitung der bisherigen Ergebnisaufbereitungen. Sie gliedern sich aufgrund der

geänderten Erhebungsorganisation zum einen in die Tabellen mit den Daten aus der Weinbaukartei und zum anderen in die Tabellen mit den aus der Landwirtschaftszählung übernommenen bzw. in diesem Zusammenhang erhobenen Daten. Die Auswertungen aus der Weinbaukartei enthalten Ergebnisse über die Größenstruktur der Betriebe, die Verbreitung der einzelnen Rebsorten sowie das Alter der Rebstöcke und erfüllen zugleich den Datenbedarf der EU. Sie orientieren sich dementsprechend auch an den Vorgaben der EU, die in der Verordnung (EWG) Nr. 991/79 der Kommission vom Mai 1979 zur „Festlegung eines Tabellenprogramms und Definitionen in statistischen Grunderhebungen der Rebflächen“ und zur Aufhebung der Verordnungen Nr. 143 und Nr. 26/64/EWG der Kommission (Abl. EG Nr. L 129 S. 1) niedergelegt sind.

Die Gestaltung des Tabellenprogramms für die übrigen Merkmale erfolgte auf der Grundlage der Tabellen für die Landwirtschaftszählung und die Weinbauerhebung von 1989/90. Einen wesentlichen Schwerpunkt bei der Weinbauerhebung 1999 bilden die Auswertungen über die Vermarktungsverhältnisse und die Absatzwege des Lesegutes. Zusätzlich werden noch Ergebnisse über Arbeitskräfte, Eigentums- und Pachtverhältnisse, Gewinnermittlung und Berufsbildung erstellt. Die Ergebnisse der Weinbauerhebung 1999 lassen sich teilweise nur unter Einschränkungen mit denen der Weinbauerhebung von 1989/90 vergleichen. Zum einen sind einige Merkmale (Arbeitskräfte) geändert worden, zum anderen wurden Merkmale in der heutigen Form nicht erhoben, wie zum Beispiel die Eigentums- und Pachtverhältnisse, die sich jetzt auf die landwirtschaftlich genutzte Fläche und nicht mehr auf die Rebfläche beziehen; ganz abgesehen davon, dass auch bei der Weinbauerhebung die geänderten unteren Erfassungsgrenzen berücksichtigt werden müssen. Die aus der Landwirtschaftszählung übernommenen Daten berücksichtigen im Gegensatz zur letzten Weinbauerhebung nur noch Betriebe mit mehr als 30 Ar bestockte Rebfläche. Da für die beiden Tabellenteile unterschiedliche Datenbestände verwendet werden, dürfte auch die Vergleichbarkeit zwischen den beiden Teilen des Tabellenprogramms eingeschränkt sein.

3) Breitenfeld, Jörg: Methodische Änderungen bei der sozialökonomischen Betriebstypisierung und der Nachweisung der Arbeitskräfte landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen der Agrarberichterstattung, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 6/98, S. 129 ff.

Diplom-Agraringenieur Jörg Breitenfeld



# Kommunalwahlen 1999

Am 13. Juni 1999 werden in Rheinland-Pfalz in 2 305 Gemeinden, 163 Verbandsgemeinden und 24 Landkreisen die kommunalen Vertretungsorgane neu gewählt. In den Ortsgemeinden stehen zugleich die Wahlen der Ortsbürgermeister an. Jede dieser Wahlen schafft für die folgenden fünf Jahre die Voraussetzung für das Funktionieren des kommunalen Lebens. Die Gewähr für einen einwandfreien rechtlichen und technischen Ablauf der Wahlen bietet das Kommunalwahlrecht. Erfahrungen der Wahlpraxis, rechtliche Entwicklungen, aber auch politische Zielsetzungen bedingen die ständige Anpassung und Fortentwicklung der rechtlichen Grundlagen. Bei den bevorstehenden Wahlen sind das aktive und passive Wahlrecht der Unionsbürger sowie die Direktwahl der Ortsbeiräte und Ortsvorsteher die bedeutendsten Neuerungen.

## Nichtdeutsche Unionsbürger erstmals wahlberechtigt und wählbar

Nach Artikel 8b Absatz 1 Satz 1 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (EG-Vertrag) hat jeder Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit er nicht besitzt, in dem Mitgliedstaat, in dem er seinen Wohnsitz hat, unter gleichen Bedingungen wie die Staatsangehörigen des betreffenden Mitgliedstaates das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen, d.h. er ist wahlberechtigt und wählbar. Die Bestimmung wurde durch Artikel G des Vertrages über die Europäische Union vom 7. Februar 1992 in den EG-Vertrag eingefügt. Die Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts erfolgt nach Maßgabe der Richtlinie 94/80/EG vom 19. Dezember 1994. Hiernach erlassen die Mitgliedstaaten die erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, um diesem Auftrag bis zum 1. Januar 1996 nachzukommen (Artikel 14 Satz 1).

Kommunalwahlen im Sinne der Richtlinie 94/80/EG sind außer den Wahlen zu den kommunalen Vertretungsorganen auch die unmittelbaren Wahlen der Ortsvorsteher, Bürgermeister und Landräte.

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG) trägt dieser Rechtslage durch die mit Gesetz vom 21. Dezember 1992 in Artikel 28 Absatz 1 Satz 3 eingefügte Öffnungsklausel Rechnung, wonach bei Wahlen in Kreisen und Gemeinden auch Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft besitzen, nach Maßgabe des Rechts der Europäischen Gemeinschaft wahlberechtigt und wählbar sind.

Die Umsetzung der Richtlinie im Landesrecht erfolgte mit dem 33. Gesetz zur Änderung der Verfassung für Rheinland-Pfalz. In Artikel 50 Absatz 1 wurde folgender Satz 2 eingefügt: „Auch Angehörige anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind nach Maßgabe des Rechts der Europäischen Union wahlberechtigt und wählbar.“

Die weiteren für die Gewährleistung des aktiven und passiven Wahlrechts der Unionsbürger notwendigen Bestimmungen wurden in dem als Artikelgesetz verfassten Zweiten Landesgesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom 22. Dezember 1995 getroffen (GVBl. S. 521).

Wahlberechtigt zu den Ortsbeirats-, Gemeinderats-, Verbandsgemeinderats- und Kreistagswahlen sowie zu den Wahlen der Ortsvorsteher, Bürgermeister und Landräte sind alle Staatsangehörigen anderer Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens drei Monaten ihre Hauptwohnung in einer rheinland-pfälzischen Gemeinde haben und nicht nach den allgemeinen kommunalrechtlichen Vorschriften vom Wahlrecht ausgeschlossen sind (§§ 1, 53, 58 Kommunalwahlgesetz (KWG)).

Daneben wird den aktiv wahlberechtigten nichtdeutschen Unionsbürgern auch das passive Wahlrecht eingeräumt.

Nicht wählbar ist ein nichtdeutscher Unionsbürger, wenn ein Wahlrechtsausschluss nach den allgemeinen kommunalwahlrechtlichen Vorschriften vorliegt, ihm infolge Richterspruchs die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter aberkannt wurde oder ihm nach dem Recht des Mitgliedstaates, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt, die Wählbarkeit aufgrund einer zivilrechtlichen Einzelfallentscheidung oder einer strafrechtlichen Entscheidung abgesprochen wurde (§§ 2, 4 Abs. 2 Nr. 1-3 KWG).

Nichtdeutsche Unionsbürger können nicht nur in die kommunalen Vertretungskörperschaften, sondern auch zum Ortsvorsteher, ehrenamtlichen und hauptamtlichen Bürgermeister und zum Landrat gewählt werden. Der Ausschluss nichtdeutscher Unionsbürger von der Wählbarkeit zum ehrenamtlichen Bürgermeister war mit Artikel 5 Absatz 3 der Richtlinie 94/80/EG nicht zu vereinbaren, die Unterscheidung zwischen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Bürgermeistern rechtspolitisch nur schwer vertretbar.

§ 53 Absatz 3 Satz 1 der Gemeindeordnung und § 46 Absatz 3 Satz 1 der Landkreisordnung wurden neu gefasst. Wählbar zum Bürgermeister bzw. Landrat sind danach auch Staatsangehörige eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union mit Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland, die das 25. Lebensjahr vollendet haben, nicht von der Wählbarkeit im Sinne des § 4 Absatz 2 des Kommunalwahlgesetzes ausgeschlossen sind und die Gewähr dafür bieten, dass sie jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintreten.

Das aktive und passive Wahlrecht zum Bezirkstag des Bezirksverbands Pfalz wurde demgegenüber den nichtdeutschen Unionsbürgern nicht eingeräumt, da es sich



hierbei – obwohl im Kommunalwahlgesetz geregelt – nicht um Wahlen im Sinne des Artikels 28 Absatz 1 Satz 1 des Grundgesetzes handelt (§ 56 Abs. 1 S. 2 KWG).

Die weiteren Änderungen des Kommunalwahlgesetzes erfolgten durch Artikel 3 des Vierten Landesgesetzes zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften vom 2. April 1998 (GVBl. S. 108).

### **Unmittelbare Wahl der Ortsbeiräte und Ortsvorsteher**

Die Einführung der Direktwahl der Ortsbeiräte und Ortsvorsteher ist ein weiterer Schritt der Landesregierung, die Bürger zunehmend an kommunalpolitischen Entscheidungen teilhaben zu lassen.

Nachdem bereits 1984 die Abkehr vom starren Listenwahlrecht zu beschränkt offenen Listen erfolgt war, wurden 1989 erstmals die kommunalen Vertretungskörperschaften nach einem offenen Listenwahlrecht gewählt. Die Wähler haben seither zur Kennzeichnung der Bewerber so viele Stimmen wie Ratsmitglieder zu wählen sind; kumulieren und panaschieren ist möglich. Seit 1994 können die wahlberechtigten Bürger die Bürgermeister und Landräte direkt wählen. Die unmittelbare Wahl der Ortsbeiräte und Ortsvorsteher ist damit die konsequente Weiterführung des Vorhabens der Landesregierung, die Einflussmöglichkeiten der Bürger auf die Zusammensetzung ihrer Vertretungskörperschaften und der Gemeindeorgane zu stärken.

Bisher wurden die Mitglieder der Ortsbeiräte mittelbar durch den Gemeinderat, die Ortsvorsteher mittelbar durch den Ortsbeirat gewählt. Dies stellte einen rechtssystematischen Bruch dar, der von vielen Bürgern nicht verstanden wurde. Sie fühlten sich häufig durch die Ortsbeiratsmitglieder nicht repräsentiert. Hinzu kam, dass die Einführung des Verhältniswahlrechts mit offenen Listen nicht selten zu einer Überrepräsentation der einwohnerstarken Zentren zu Lasten kleinerer ehemals selbständiger Gemeinden geführt hat.

Die Bestimmungen des Kommunalwahlrechts gelten auch für die gleichzeitig stattfindenden Wahlen der Ortsbeiräte und Ortsvorsteher, wobei jeder Ortsbezirk ein Wahlgebiet bildet.

Die Mitglieder des Ortsbeirats werden von den im Ortsbezirk wohnenden Bürgern der Gemeinde nach den für die Wahl des Gemeinderats geltenden Bestimmungen gewählt. Die Wahl des Ortsbeirats erfolgt grundsätzlich gleichzeitig mit der Wahl des Gemeinderats für die Dauer der gesetzlichen Wahlzeit des Gemeinderates, d.h. für fünf Jahre.

Der Ortsvorsteher wird von den im Ortsbezirk wohnenden Bürgern der Gemeinde entsprechend den Bestimmungen, die für die Wahl ehrenamtlicher Bürgermeister gelten, gewählt. Gewählt ist der Bewerber, welcher mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten

hat. Hat kein Bewerber diese Mehrheit erhalten, findet eine Stichwahl zwischen den beiden Bewerbern mit der höchsten Stimmenzahl statt.

### **Weitere Bestimmungen bringen Rechtsharmonisierung und Verfahrenserleichterungen**

#### **– Unvereinbarkeitsbestimmungen ergänzt**

Um mögliche Interessenkollisionen auszuschließen, wurden die Bestimmungen über die Unvereinbarkeit von Amt und Mandat dahingehend ergänzt, dass leitende Angestellte eines privatrechtlichen Unternehmens, an dem die Gebietskörperschaft mit mehr als 50 % beteiligt ist oder in dem sie über die Mehrheit der Stimmen verfügt, nicht gleichzeitig Mitglied des Rates der betreffenden Gebietskörperschaft sein können (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 KWG).

#### **– Bildung von Wahlbereichen erleichtert**

Um eine ausgewogene Vertretung örtlicher Interessen, vor allem kleinerer verbandsangehöriger Gemeinden, zu ermöglichen, hat der Gesetzgeber in § 9 Absatz 2 KWG die Möglichkeit eröffnet, Wahlgebiete mit mehr als 5 000 Einwohnern in mehrere Wahlbereiche zu unterteilen. Ist das Wahlgebiet in Wahlbereiche unterteilt, so ist für jeden Wahlbereich ein eigener Wahlvorschlag aufzustellen. Dadurch können regionale Gegebenheiten und Interessen von den Wahlvorschlagsträgern besser berücksichtigt werden.

Da bei den vorausgegangenen Wahlen wegen der engen gesetzlichen Voraussetzungen für eine solche Einteilung nur in einem einzigen Fall Gebrauch gemacht wurde, beseitigte nun der Gesetzgeber die wesentliche Hürde der Erfordernis des räumlichen Zusammenhangs.

#### **– Bestimmungen zur Bewerberaufstellung präzisiert**

In Anlehnung an das Landeswahlrecht wurde zur Durchsetzung des Grundsatzes der freien Wahl, der auch ein freies Wahlvorschlagsrecht beinhaltet, ausdrücklich geregelt, dass die Bewerber und die Vertreter für die Vertreterversammlungen einzeln in geheimer Abstimmung zu wählen sind. Die Bestimmung verhindert eine En-bloc-Abstimmung über eine fertige Bewerberliste. Die Versammlungsteilnehmer sollen Änderungswünsche äußern und einzeln über die Bewerber und ihre Reihenfolge abstimmen können (§ 17 Abs. 1 KWG).

#### **– Unterzeichnungsverfahren harmonisiert und erleichtert**

Das bisherige Verfahren, das vorschrieb, die Unterstützungsunterschriften für Wahlvorschläge persönlich bei der Gemeindeverwaltung zu leisten oder in öffentlich beglaubigter Form beizubringen, erschwerte die Unterschriftensammlung erheblich. Auch waren rechtliche Bedenken nicht von der Hand zu weisen. Das Bundes- und das Landeswahlrecht kennt diese Erschwernis nicht.



Im Interesse der Harmonisierung können künftig die Parteien und Wählergruppen bei Kommunalwahlen ebenso wie bei Bundestags- und Landtagswahlen die Unterschriften bei den Wahlberechtigten selbst einholen. Die Gemeindeverwaltung bestätigt nur noch das Wahlrecht der Unterzeichner.

In Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern wird auf die Beibringung von Unterstützungsunterschriften künftig völlig verzichtet (§ 16 Abs. 2 KWG).

Erleichterungen für die privilegierten Parteien bringt der Wegfall der bisher geforderten zehn Unterstützungsunterschriften für ihre Wahlvorschläge. Die Ernsthaftigkeit ihrer Bewerbung und ihr Rückhalt in der Bevölkerung sind durch die Erringung von Mandaten im Wahlgebiet oder auf höherer Ebene hinreichend dokumentiert (§ 16 Abs. 5 KWG).

– Zahl der Beisitzer im Wahlvorstand aufgestockt

Die Erhöhung der Zahl der Beisitzer auf bis zu acht ermöglicht die Bildung von drei Arbeitsgruppen, die gleichzeitig an Kreistags-, Verbandsgemeinderats- und Ortsgemeinderatswahlen ausählen können. Klargestellt wird in diesem Zusammenhang, dass der Schriftführer nicht wahlberechtigt sein muss.

– Wichtige Termine geändert

Der Harmonisierung des Kommunalwahlrechts mit dem Bundes- und Landeswahlrecht dient die Änderung der Auslegungsfrist für das Wählerverzeichnis und des letzten Tages für die Wahlbenachrichtigung. Das Wählerverzeichnis ist nunmehr an Werktagen vom 20. bis zum 16. Tag vor der Wahl auszulegen. Spätestens am 21. Tag vor der Wahl sind die Wahlberechtigten von ihrer Eintragung ins Wahlverzeichnis zu benachrichtigen (§§ 12, 11 Abs. 2 KWG).

Die Vorverlegung der Termine für die Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen und für die Einreichung selbst erfolgte unter Beibehaltung des Termins über die Zulassungsentscheidung durch den Wahlausschuss um jeweils eine Woche gegenüber der bisherigen Regelung auf den 62. bzw. 41. Tag vor der Wahl (§ 16 Abs. 1 KWG). Sie beseitigt dadurch zeitliche Engpässe bei der Prüfung der Wahlvorschläge und der Unterstützungsunterschriften.

Der Antrag auf Zuteilung einer kreiseinheitlichen Listennummer von Parteien oder Wählergruppen, die nicht im Landtag vertreten sind, ist spätestens am 41. Tage vor der Wahl bis 18 Uhr beim Landrat einzureichen.

Dr. Manfred Unglaub



## Statistischer Bericht (E IV 6-j/97) „Gasabsatz und Erlöse 1997“

Wussten Sie schon, dass die rheinland-pfälzischen Gasversorger mit dem Verkauf von Gas an Endverbraucher im Jahre 1997 rund 2,1 Mrd. DM umsetzten? Oder war Ihnen bekannt, dass das produzierende Gewerbe mit einem Anteil von 66 % noch vor den privaten Haushalten (24 %) der größte Gasverbraucher ist? Diese und viele andere Informationen enthält der neue Statistische Bericht.

Energiedaten werden für die Beobachtung des marktwirtschaftlichen Geschehens im Rahmen des EU-Marktes immer wichtiger. Zeitnahe Informationen zur Gasversorgung in Rheinland-Pfalz nach Verbrauchergruppen und zum Umsatz wurden bisher aber kaum zusammenhängend bzw. aktuell dargestellt. Diese Lücke soll mit dem neuen Statistischen Bericht geschlossen werden. Das Datenmaterial basiert auf der Jahreserhebung über Gasabsatz und Erlöse bei den Gasversorgungsunternehmen.

Der vierseitige Statistische Bericht wird zukünftig zur Jahresmitte erscheinen und ist zum Preis von 0,75 DM je Exemplar zuzüglich Versandkosten erhältlich.

Bestellungen richten Sie an die Vertriebsstelle des Statistischen Landesamtes, 56128 Bad Ems, Telefon: 02603/71-245 (Vertrieb) oder 71-0 (Zentrale), Telefax: 02603/71-315

## Regionaldaten der amtlichen Statistik

### Saar – Lor – Lux – Rheinland-Pfalz – Wallonie

### Bevölkerungs- und Sozialatlas der Großregion

### Atlas démographique et social de la Grande Région

Dieser erstmalig herausgegebene Atlas umfasst ein statistisches Mosaik der Großregion zwischen Mosel, Saar und Maas mit dem Saarland, Lothringen, Luxemburg, dem belgischen Wallonien und Rheinland-Pfalz. Er ist eine Gemeinschaftsarbeit der fünf statistischen Ämter der Großregion und enthält zu den wichtigsten die Region kennzeichnenden Daten Regionalergebnisse bis auf die Ebene der Verbandsgemeinden für Rheinland-Pfalz bzw. der Gemeinden für die übrigen Gebiete. Der Atlas ist zweisprachig aufgebaut und hat seinen Schwerpunkt in graphischen und textlichen Darstellungen.

Die Veröffentlichung umfasst rund 100 Seiten und kann zum Preis von 40,00 DM über die jeweiligen statistischen Ämter bezogen werden.

In Rheinland-Pfalz richten Sie ihre Bestellung an die Vertriebsstelle des Statistischen Landesamtes, 56128 Bad Ems, Telefon: 02603/71-245 (Vertrieb) oder 71-0 (Zentrale), Telefax: 02603/71-315

## Die Bundesländer in Zahlen 1998/99

Das gleichnamige im Dezember 1998 vom Statistischen Bundesamt herausgegebene Faltblatt bietet aktuelle statistische Basisdaten zur Struktur ausgewählter Wirtschaftsbereiche, zur Gesamtwirtschaft, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit sowie zur Infrastruktur der Bundesländer und Gesamtdeutschlands, ergänzt um farbige graphische Darstellungen.

Weiterreichende Länderdaten aus fast allen Bereichen der amtlichen Statistik werden vom Statistischen Bundesamt zweijährlich in der Veröffentlichung „Bevölkerungsstruktur und Wirtschaftskraft der Bundesländer“ publiziert. Diese Veröffentlichung ist zuletzt 1998 erschienen (Preis: 28,50 DM).

Beide Veröffentlichungen können beim

Verlag Metzler-Poeschel, Verlagsauslieferung SFG-Servicecenter Fachverlage GmbH, Postfach 443, 72774 Reutlingen, Telefon: 07071/935350, Telefax: 07071/33653, E-Mail: staba@s-f-g.com) bestellt werden.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
<b>Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit</b>										
Bevölkerung am Monatsende	1000	3 986	4 010	4 016	4 018	4 018	4 020	...	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungs-bewegung</b>										
Eheschließungen <sup>1)</sup>	Anzahl	1 895	1 876	2 084	1 711	1 116	2 846 <sup>p</sup>	1 994 <sup>p</sup>	1 651 <sup>p</sup>	1 264 <sup>p</sup>
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	5,7	5,6	6,3	5,0	3,4	8,3 <sup>p</sup>	6,0 <sup>p</sup>	4,8 <sup>p</sup>	3,8
Lebendgeborene <sup>2)</sup>	Anzahl	3 411	3 473	3 526	3 497	3 047	3 441 <sup>p</sup>	...	...	...
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,2	10,4	10,7	10,2	9,2	10,1 <sup>p</sup>	...	...	...
Gestorbene <sup>3)</sup> (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 646	3 601	3 201	3 699	3 585	3 363 <sup>p</sup>	...	...	...
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,9	10,8	9,7	10,8	10,9	9,9 <sup>p</sup>	...	...	...
Im 1. Lebensjahr Gestorbene <sup>3)</sup>	Anzahl	17	18	19	19	12	15 <sup>p</sup>	...	...	...
je 1000 Lebendgeborene <sup>4)</sup>	Anzahl	5,0	5,2	5,5	5,3	3,7	4,4 <sup>p</sup>	...	...	...
Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 236	- 128	325	- 202	- 538	78 <sup>p</sup>	...	...	...
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,7	- 0,4	1,0	- 0,6	- 1,6	0,2 <sup>p</sup>	...	...	...
<b>Wanderungen</b>										
über die Landesgrenze										
Zugezogene	Anzahl	9 520	8 948	10 184	10 702	8 142	10 753	10 505	...	...
Fortgezogene	Anzahl	7 397	7 381	8 958	9 290	7 863	9 893	8 260	...	...
Wanderungssaldo	Anzahl	2 123	1 567	1 226	1 412	279	860	2 245	...	...
Innerhalb des Landes										
Umgezogene <sup>5)</sup>	Anzahl	13 777	13 861	15 056	14 919	14 015	15 836	14 805	...	...
<b>Arbeitsmarkt</b>										
Arbeitslose	Anzahl	149 782	163 768	157 362	155 554	157 258	151 850	146 059	144 030	147 901
Männer	Anzahl	87 062	94 978	87 836	86 761	88 198	82 091	78 960	77 911	80 630
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	8 954	10 360	8 080	.	.	.	6 942	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	47 287	50 739	47 174	.	.	.	42 300	.	.
Arbeitslosenquote <sup>6)</sup>	%	8,5	9,2	8,9	8,8	8,9	8,5	8,1	8,0	8,2
Arbeitslosenquote <sup>7)</sup>	%	9,4	10,3	9,9	9,8	9,9	9,4	9,0	8,9	9,2
Offene Stellen	Anzahl	22 792	24 137	25 461	17 892	16 958	32 441	27 946	20 296	19 544
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	758	700	796	.	.	.	904	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	4 445	4 800	5 339	.	.	.	6 260	.	.
Kurzarbeiter	Anzahl	11 817	7 114	3 564	4 940	4 860	2 176	3 028	3 124	5 278
<b>Landwirtschaft</b>										
<b>Schlachtmengen <sup>8)</sup></b>	t	13 585	12 943	12 762	13 619	13 751	11 556	12 359	12 979	13 867
Rinder	t	3 460	3 348	3 343	3 892	4 258	2 506	3 149	3 616	3 947
Kälber	t	31	33	29	33	37	19	25	31	43
Schweine	t	9 995	9 453	9 283	9 574	9 331	8 933	9 070	9 216	9 745
<b>Milch</b>										
Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien	t	64 801	62 957	59 782	59 505	55 892	64 335	60 681	60 965	56 974
<b>Eier</b>										
Erzeugung in Betrieben mit mindestens 3 000 Haltungsplätzen	1000	15 786	15 626	15 676	14 956	15 427	15 096	15 493	15 798	15 747
<b>Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden <sup>9) 10)</sup></b>										
Betriebe	Anzahl	2 195	2 324	2 319	2 324	2 323	2 285	2 286	2 282	2 277
Beschäftigte	1000	312	312	315	314	313	314	315	314	313
Arbeiter <sup>11)</sup>	1000	202	201	203	202	202	202	203	202	201
Geleistete Arbeiterstunden	1000	26 463	26 567	27 373	28 251	27 620	24 519	27 661	27 947	27 268
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 657	1 680	1 588	1 605	2 449	1 602	1 623	1 623	2 494
Löhne	Mill. DM	892	901	865	889	1 247	877	882	891	1 268
Gehälter	Mill. DM	765	779	723	717	1 202	725	741	732	1 226
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 672	9 287	9 723	9 952	9 350	8 554	9 626	9 755	9 531
Auslandumsatz	Mill. DM	3 537	3 883	4 002	4 196	3 865	3 459	3 772	3 843	3 755
Exportquote <sup>12)</sup>	%	40,8	41,8	41,2	42,2	41,3	40,4	39,2	39,4	39,4

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 7) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 8) In- und ausländischer Herkunft. – 9) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 10) Durch die erstmalige Einbeziehung von Einheiten aus der Handwerkszählung 1995 ist ein Vergleich mit Ergebnissen vor 1997 nicht möglich. – 11) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 12) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Kohleverbrauch <sup>1)</sup>	1 000 GJ	7 259	...	6 292	-	-	-	3 581	-	-
Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) <sup>1)2)</sup>	Mill. kWh	7 989	...	7 753	-	-	-	9 145	-	-
Heizölverbrauch <sup>1)</sup>	1 000 t	80	...	60	-	-	-	55	-	-
davon										
leichtes Heizöl	1 000 t	40	...	34	-	-	-	26	-	-
schweres Heizöl	1 000 t	41	...	26	-	-	-	29	-	-
Stromverbrauch	Mill. kWh	1 108	...	1 152	1 222	1 194	1 124	1 125	1 154	1 148
Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	243	...	194	211	219	129	128	167	175
Öffentliche Energieversorgung										
Elektrizitätsversorgung										
Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	386	410	268	510	553	506	648	632	...
Eigenverbrauch	Mill. kWh	27	24	21	25	26	23	27	24	...
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	359	386	247	486	527	483	621	608	...
davon aus										
Wasserkraft	Mill. kWh	64	73	30	46	81	27	59	72	...
Wind-, und Solarenergie	Mill. kWh	0,07	0,12	0,10	0,16	0,16	0,13	0,21	0,26	...
Wärmekraft	Mill. kWh	295	313	216	439	446	456	562	535	...
Steinkohle	Mill. kWh	98	80	88	89	84	45	89	96	...
Erdgas	Mill. kWh	186	217	118	338	351	405	465	426	...
Heizöl	Mill. kWh	1,47	5,88	0,10	0,05	0,12	0,05	0,05	1,63	...
Müll, Klär- und Erdölgas	Mill. kWh	9	10	11	12	10	6	7	10	...
Stromeinspeisung	Mill. kWh	9	12	10	15	14	9	22	28	...
darunter von Betreibern										
regenerativer Energieanlagen	Mill. kWh	6	7	6	9	8	7	16	21	...
Bezug über die Landesgrenze	Mill. kWh	3 233	3 169	3 206	3 343	3 451	2 882	2 812	3 149	...
Lieferung über die Landesgrenze	Mill. kWh	1 607	1 483	1 530	1 636	1 739	1 433	1 410	1 584	...
Stromabgabe an das öffentl. Netz <sup>3)</sup>	Mill. kWh	1 994	2 085	1 933	2 207	2 253	1 941	2 045	2 199	...
Gasversorgung										
Gaserzeugung	Mill. kWh	0,94	0,35	0,12	0,23	0,22	0,00	0,27	0,22	...
Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze	Mill. kWh	5 404	5 412	3 408	5 910	6 871	4 042	4 317	5 405	...
Verfügbare Gasmenge <sup>4)</sup>	Mill. kWh	5 403	5 369	3 404	5 857	6 860	4 001	4 291	5 344	...
Handwerk <sup>5)</sup>										
Beschäftigte (Ende des Vj.)	30. 9. 1994= 100	90	88	90	-	-	-	...	-	-
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1994=100	91	95	98	-	-	-	...	-	-
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau <sup>6) 7)</sup>										
Beschäftigte insgesamt	Anzahl	47 225	47 644	49 535	48 922	48 387	49 601	49 234	48 970	48 503
Facharbeiter	Anzahl	25 669	25 556	26 497	26 054	25 753	25 521	25 082	24 889	24 679
Fachwerker und Werker	Anzahl	8 940	8 474	8 925	8 762	8 670	9 394	9 478	9 420	9 267
Geleistete Arbeitsstunden insgesamt	1 000	4 707	4 754	5 745	5 616	5 008	4 940	5 643	5 600	4 985
Hochbau insgesamt	1 000	2 982	3 038	3 606	3 527	3 174	3 152	3 577	3 560	3 189
Wohnungsbau	1 000	1 878	1 967	2 304	2 265	2 048	2 209	2 547	2 513	2 200
gewerblicher Hochbau	1 000	816	798	984	921	851	716	787	792	759
gewerblicher und industrieller Bau	1 000	754	730	820	819	756	618	756	768	723
Bahn und Post	1 000	28	44	136	73	70	80	16	9	24
landwirtschaftlicher Bau	1 000	35	24	28	29	25	18	15	15	12
öffentlicher Hochbau	1 000	288	274	318	341	275	227	243	255	230
Organisationen ohne Erwerbs- zweck	1 000	69	66	74	77	64	54	48	51	46
Körperschaften des öffentl. Rechts	1 000	219	208	244	264	211	173	195	204	184
Tiefbau insgesamt	1 000	1 725	1 716	2 139	2 089	1 834	1 788	2 066	2 040	1 796
gewerblicher Tiefbau	1 000	459	448	574	540	482	445	535	580	467
gewerblicher und industrieller Bau	1 000	354	361	474	446	375	361	434	465	372
Bahn und Post	1 000	104	88	100	94	107	84	101	115	95
öffentlicher Tiefbau	1 000	580	565	671	677	597	603	679	633	589
Straßenbau	1 000	687	703	894	872	755	740	852	827	740
Löhne und Gehälter	Mill. DM	199	199	210	208	252	203	199	198	240
Löhne	Mill. DM	156	154	164	163	191	157	155	154	180
Gehälter	Mill. DM	43	46	45	45	62	45	44	44	60
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	631	676	774	813	796	746	770	835	844

1) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 2) 1 m<sup>3</sup> = 35,169 MJ = 9,769 kWh (Brennwert bzw. oberer Heizwert). – 3) Einschließlich Übertragungsverluste im öffentlichen Netz. – 4) Einschließlich Meßdifferenzen. – 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 6) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. – 7) Durch die erstmalige Einbeziehung von Einheiten aus der Handwerkszählung 1995 ist ein Vergleich mit Ergebnissen vor März 1997 nicht möglich.



## Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
<b>Baugenehmigungen</b>										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	913	1 009	930	1 069	850	1 022	1 012	1 039	819
mit 1 Wohnung	Anzahl	587	704	653	764	608	753	745	769	610
mit 2 Wohnungen	Anzahl	188	195	180	183	147	198	188	189	130
mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	139	110	97	122	95	71	79	81	79
Umbauter Raum	1000 m <sup>3</sup>	1 067	1 117	1 048	1 166	938	1 070	1 159	1 113	857
Wohnfläche	1000 m <sup>2</sup>	189	197	183	205	169	189	200	199	154
Wohnräume	Anzahl	8 584	9 044	8 253	9 959	7 542	8 386	8 846	8 932	6 823
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	461	482	455	518	408	465	500	487	377
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	4	4	5	7	2	1	5	7	1
Unternehmen	Anzahl	109	146	131	161	177	106	176	219	180
Private Haushalte	Anzahl	801	860	794	901	671	915	831	813	638
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	162	184	207	230	191	247	211	216	210
Umbauter Raum	1000 m <sup>3</sup>	741	881	907	1 284	848	1 328	841	1 033	1 102
Nutzfläche	1000 m <sup>2</sup>	123	143	141	214	158	200	141	158	243
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	174	192	161	272	219	208	163	189	254
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	18	18	30	27	15	22	25	20	31
Unternehmen	Anzahl	136	155	169	183	166	218	175	185	167
Private Haushalte	Anzahl	8	11	8	20	10	7	11	11	12
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 141	2 128	1 936	2 337	1 877	1 853	2 071	2 022	1 537
<b>Handel und Gastgewerbe</b>										
<b>Ausfuhr (Spezialhandel)</b>										
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	3 198	3 490	3 511	3 561	3 633	2 694	3 659	3 528	...
EU-Länder	Mill. DM	1 902	1 954	1 898	1 902	2 107	1 324	2 163	2 011	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	228	232	207	248	242	158	271	243	...
Dänemark	Mill. DM	49	59	56	52	54	41	69	53	...
Finnland	Mill. DM	26	28	28	27	27	17	38	25	...
Frankreich	Mill. DM	510	464	470	398	530	321	502	505	...
Griechenland	Mill. DM	23	27	35	25	31	25	23	22	...
Großbritannien	Mill. DM	279	294	284	299	333	176	327	301	...
Irland	Mill. DM	13	13	9	11	13	10	19	17	...
Italien	Mill. DM	234	246	247	273	261	131	275	244	...
Niederlande	Mill. DM	203	220	204	196	222	153	225	200	...
Österreich	Mill. DM	131	144	137	140	139	138	150	141	...
Schweden	Mill. DM	60	57	51	49	77	31	64	58	...
Spanien	Mill. DM	121	143	148	157	153	97	170	168	...
Portugal	Mill. DM	24	25	22	28	25	25	29	33	...
USA und Kanada	Mill. DM	225	253	246	272	221	221	292	243	...
Japan	Mill. DM	84	83	95	102	69	76	74	84	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	443	529	526	564	546	417	462	471	...
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	217	301	349	326	314	335	332	343	...
<b>Einfuhr (Generalhandel)</b>										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 315	2 376	2 327	2 301	2 279	2 254	2 184	2 577	...
EU-Länder	Mill. DM	1 534	1 516	1 431	1 387	1 421	1 317	1 236	1 580	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	230	253	277	267	255	298	266	276	...
Dänemark	Mill. DM	47	47	64	54	47	50	38	58	...
Finnland	Mill. DM	11	10	6	8	18	8	11	8	...
Frankreich	Mill. DM	468	374	388	283	357	290	274	355	...
Griechenland	Mill. DM	3	2	2	1	2	2	1	4	...
Großbritannien	Mill. DM	106	113	99	122	105	82	111	113	...
Irland	Mill. DM	20	20	33	6	8	13	10	16	...
Italien	Mill. DM	174	174	148	148	175	164	134	181	...
Niederlande	Mill. DM	219	253	159	276	203	186	197	319	...
Österreich	Mill. DM	71	81	84	63	101	76	73	112	...
Schweden	Mill. DM	57	49	77	46	35	38	40	27	...
Spanien	Mill. DM	104	115	65	94	89	84	65	92	...
Portugal	Mill. DM	23	25	29	20	25	25	16	20	...
USA und Kanada	Mill. DM	157	160	156	148	142	186	181	198	...
Japan	Mill. DM	99	83	92	106	81	89	85	101	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	166	187	171	198	196	201	208	176	...
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	135	196	222	224	218	225	238	250	...



## Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
<b>Einzelhandel <sup>1)</sup></b>										
Beschäftigte	1995 = 100	99,5	98,4	96,8	96,9	97,2	95,7	94,8	95,2	95,8
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	102,7	104,1	102,7	103,1	104,5	106,6	105,1	105,5	108,0
Umsatz <sup>2)</sup> zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	101,0	101,5	97,7	106,6	100,9	89,5	93,8	98,5	98,8
<b>Großhandel <sup>1)</sup></b>										
Beschäftigte	1995 = 100	98,5	97,7	99,9	99,6	98,9	99,9	99,8	99,4	98,3
Umsatz <sup>2)</sup> zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	100,6	103,9	112,5	119,5	105,9	95,5	111,8	112,4	105,6
<b>Gastgewerbe <sup>1)</sup></b>										
Beschäftigte	1995 = 100	98,3	95,2	98,7	98,2	94,3	99,0	97,8	95,7	91,9
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	99,7	97,5	101,5	100,6	96,1	107,2	105,9	102,5	101,6
Umsatz <sup>2)</sup> zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	99,6	96,1	109,4	108,6	88,8	108,8	107,5	104,5	84,8
<b>Tourismus</b>										
in allen Berichtsgemeinden										
Gäste	1000	512	507	798	813	386	720	812	794	431
Ausländer	1000	101	101	144	129	69	174	144	129	72
Übernachtungen	1000	1 728	1 626	2 495	2 539	1 053	2 506	2 534	2 441	1 179
Ausländer	1000	316	308	416	375	183	598	411	360	202
<b>Verkehr</b>										
<b>Binnenschifffahrt</b>										
Güterempfang	1000 t	1 336	1 364	1 444	1 356	1 241	1 314	1 391	1 311	...
Güterversand	1000 t	788	803	803	821	794	680	710	721	...
<b>Straßenverkehr</b>										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 607	15 873	14 277	15 464	12 133	13 458	15 174	15 621	14 572
Krafträder	Anzahl	1 285	1 512	1 064	627	406	1 190	747	336	240
Personenkraftwagen und „M 1“ Fahrzeuge	Anzahl	13 313	13 235	12 198	13 698	10 711	11 240	13 110	14 054	12 990
Lastkraftwagen	Anzahl	678	799	757	880	778	790	1 022	910	1 053
Zugmaschinen	Anzahl	192	192	155	146	124	135	191	196	178
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 467	1 488	1 619	1 618	1 364	1 669	1 691	1 578	1 420 <sup>P</sup>
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	7 956	8 007	7 819	8 830	8 458	7 352	8 427	8 909	9 173 <sup>P</sup>
Verunglückte Personen	Anzahl	1 981	2 025	2 113	2 163	1 878	2 263	2 314	2 151	1 879 <sup>P</sup>
Getötete	Anzahl	31	32	24	30	28	45	32	36	36 <sup>P</sup>
Pkw-Insassen	Anzahl	19	19	10	22	16	32	21	22	22 <sup>P</sup>
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	5	6	9	3	–	6	8	6	6 <sup>P</sup>
Radfahrer	Anzahl	2	2	1	1	1	3	1	5	5 <sup>P</sup>
Fußgänger	Anzahl	4	4	3	3	9	1	1	2	2 <sup>P</sup>
Schwerverletzte	Anzahl	497	490	509	522	451	589	481	480	412 <sup>P</sup>
Pkw-Insassen	Anzahl	285	266	232	283	308	286	237	303	...
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	86	97	137	102	54	164	111	75	...
Radfahrer	Anzahl	52	56	75	57	19	93	58	40	...
Fußgänger	Anzahl	56	50	46	52	56	31	39	48	...
<b>Geld und Kredit</b>										
<b>Zahlungsschwierigkeiten</b>										
Konkurse <sup>3)</sup>	Anzahl	102	104	138	83	90	88	95	100	100
Angemeldete Forderungen	1000 DM	67 528	75 825	117 214	43 647	42 983	61 291	46 567	106 796	112 618
Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	–	–	–	–	–	–	–

1) Vorläufige Ergebnisse. – 2) Ohne Umsatzsteuer. – 3) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.



## Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997			1998			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November
<b>Kredite und Einlagen <sup>1)</sup></b> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)									
Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	142 495	155 992	150 642	·	·	·	166 726	·
Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	139 651	151 431	146 287	·	·	·	160 679	·
Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	24 069	25 244	24 317	·	·	·	25 797	·
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	23 193	23 874	23 397	·	·	·	24 825	·
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	876	1 370	920	·	·	·	972	·
Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	11 374	11 556	11 590	·	·	·	12 061	·
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	9 642	9 977	9 975	·	·	·	10 660	·
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 732	1 579	1 615	·	·	·	1 401	·
Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	104 208	114 631	110 380	·	·	·	122 821	·
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	90 490	99 743	95 914	·	·	·	107 204	·
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	13 718	14 888	14 466	·	·	·	15 617	·
Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	121 319	126 194	121 433	·	·	·	127 253	·
Sichteinlagen	Mill. DM	23 913	25 273	23 460	·	·	·	25 645	·
Termineinlagen	Mill. DM	39 399	40 417	39 564	·	·	·	40 889	·
Spareinlagen	Mill. DM	58 007	60 504	58 409	·	·	·	60 719	·
<b>Steuern <sup>2)</sup></b>									
<b>Steueraufkommen nach Steuerarten</b>									
Gemeinschaftsteuern <sup>3)</sup>	Mill. DM	3 228	3 344	3 885	2 935	3 641	3 969	3 918	3 051
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 362	1 359	1 720	761	1 421	1 607	1 797	787
Lohnsteuer	Mill. DM	1 088	1 088	796	821	1 337	1 460	819	842
Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	Mill. DM	182	179	–	–	517	546	–	–
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	36	20	409	– 113	– 102	– 41	451	– 85
Kapitalertragsteuer	Mill. DM	50	57	52	24	31	51	31	35
Zinsabschlag	Mill. DM	46	41	12	13	61	76	12	15
Einnahmen aus der Zinsabschlagserlegung	Mill. DM	23	59	–	–	46	62	–	–
Körperschaftsteuer	Mill. DM	143	153	450	15	93	63	485	– 21
Einnahmen aus der Körperschaftsteuererlegung	Mill. DM	13	12	–	–	95	72	–	–
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 865	1 986	2 166	2 175	2 221	2 362	2 121	2 264
Umsatzsteuer	Mill. DM	686	684	734	666	749	763	698	701
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	1 179	1 302	1 432	1 508	1 472	1 599	1 424	1 563
Zölle	Mill. DM	201	218	234	247	282	204	204	229
Bundessteuern	Mill. DM	533	250	275	230	177	205	264	196
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	439	153	136	166	109	146	159	146
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	85	87	130	54	59	47	94	40
Landessteuern	Mill. DM	143	111	134	128	102	119	120	108
Vermögensteuer	Mill. DM	40	5	7	6	2	4	5	4
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	58	65	75	70	51	58	50	56
Biersteuer	Mill. DM	8	7	8	7	7	8	8	7

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. – 2) Einschließlich des Steueraufkommens der Euro-Zoll-Kasse in Trier, die bestimmte Steuern und Abgaben (Verbrauchssteuern; Einfuhrumsatzsteuer und Zölle auf Einführen aus Nicht-EU-Ländern) zentral für alle Bundesländer vereinnahmt. – 3) Aufkommen an Lohnsteuer ab 1996 ohne das vom Arbeitgeber verrechnete steuerliche Kindergeld.



## Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November		August	September	Oktober	November
Gemeindesteuern <sup>1)</sup>	Mill. DM	772	782	716	-	-	-	827	-	-
Grundsteuer A	Mill. DM	9	9	11	-	-	-	11	-	-
Grundsteuer B	Mill. DM	146	154	171	-	-	-	179	-	-
Gewerbsteuer (brutto)	Mill. DM	536	536	455	-	-	-	547	-	-
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	62	63	62	-	-	-	70	-	-
<b>Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften <sup>2)</sup></b>										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	2 063	1 899	2 250	1 701	1 879 <sup>r</sup>	2 111	2 044	1 762	2 034
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	594	594	769	326	614 <sup>r</sup>	693	803	336	584
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	927	1 046	1 206	1 121	1 087 <sup>r</sup>	1 212	977	1 204	1 273
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 088	1 067	1 286	863	1 091	1 156	1 187	866	1 093
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	545	537	712	276	564	606	733	283	532
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	372	391	439	388	422	426	332	383	454
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände <sup>1)</sup>	Mill. DM	1 175	1 134	1 018	-	-	-	1 158	-	-
Gewerbsteuer (netto) <sup>3)</sup>	Mill. DM	425	432	350	-	-	-	421	-	-
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer <sup>4)</sup>	Mill. DM	514	457	372 <sup>r</sup>	-	-	-	400	-	-
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. DM	-	-	-	-	-	-	56	-	-
<b>Preise</b>										
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet	1991 = 100	114,1	116,1	116,5	116,3	116,4	117,6	117,3	117,1	117,1
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1991 = 100	109,6	111,2	111,2	111,1	111,4	112,7	112,4	112,1	112,3
<b>Löhne und Gehälter</b>										
<b>Arbeiterinnen und Arbeiter im produzierenden Gewerbe</b>										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 320	4 387	-	4 394	-	-	-	4 531	-
Arbeiter	DM	4 485	4 545	-	4 553	-	-	-	4 684	-
Arbeiterinnen	DM	3 146	3 210	-	3 199	-	-	-	3 365	-
Bruttostundenverdienste	DM	25,99	26,39	-	26,42	-	-	-	27,08	-
Arbeiter	DM	26,84	27,21	-	27,21	-	-	-	27,88	-
Facharbeiter	DM	28,54	29,01	-	29,04	-	-	-	29,91	-
Angelernte Arbeiter	DM	25,70	25,99	-	25,99	-	-	-	26,56	-
Hilfsarbeiter	DM	22,61	22,61	-	22,61	-	-	-	22,98	-
Arbeiterinnen	DM	19,68	20,06	-	20,13	-	-	-	20,73	-
Hilfsarbeiterinnen	DM	19,06	19,34	-	19,39	-	-	-	19,89	-
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	38,2	38,2	-	38,3	-	-	-	38,5	-
Arbeiter	Std.	38,4	38,4	-	38,5	-	-	-	38,7	-
Arbeiterinnen	Std.	36,8	36,8	-	36,6	-	-	-	37,4	-
<b>Angestellte</b>										
Bruttomonatsverdienste	DM	6 131	6 221	-	6 224	-	-	-	6 411	-
im produzierenden Gewerbe	DM	5 560	5 669	-	5 681	-	-	-	5 835	-
Kaufmännische Angestellte	DM	6 502	6 601	-	6 613	-	-	-	6 726	-
Männer	DM	4 514	4 624	-	4 635	-	-	-	4 811	-
Frauen	DM	6 577	6 645	-	6 641	-	-	-	6 845	-
Technische Angestellte	DM	6 730	6 787	-	6 776	-	-	-	6 985	-
Männer	DM	5 026	5 186	-	5 219	-	-	-	5 453	-
Frauen	DM	4 422	4 511	-	4 511	-	-	-	4 609	-
im Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe	DM	4 409	4 491	-	4 488	-	-	-	4 581	-
Kaufmännische Angestellte	DM	5 104	5 147	-	5 136	-	-	-	5 223	-
Männer	DM	3 792	3 874	-	3 877	-	-	-	3 956	-
Frauen	DM			-		-	-			-

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EU zustehenden Einnahmen aus Zöllen. Lohnsteuereinnahmen ab 1996 nach Abzug des von der Familienkasse gezahlten Kindergeldes. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) 1996 einschließlich der Ausgleichsleistungen nach § 20a FAG.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt	August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober	
<b>Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit</b>										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	81 895	82 051	82 071	82 082	82 086	...	...	...	...
Eheschließungen <sup>1)</sup>	Anzahl	35 608	35 130 <sup>p</sup>	53 774 <sup>p</sup>	41 745 <sup>p</sup>	35 444 <sup>p</sup>	50 251 <sup>p</sup>	52 941 <sup>p</sup>	42 927 <sup>p</sup>	35 544 <sup>p</sup>
Lebendgeborene <sup>2)</sup>	Anzahl	66 334	67 506 <sup>p</sup>	68 255 <sup>p</sup>	71 500 <sup>p</sup>	68 277 <sup>p</sup>	70 115 <sup>p</sup>	68 698 <sup>p</sup>	71 160 <sup>p</sup>	65 438 <sup>p</sup>
Gestorbene <sup>3)</sup> (ohne Totgeborene)	Anzahl	73 570	71 396 <sup>p</sup>	65 541 <sup>p</sup>	66 926 <sup>p</sup>	71 095 <sup>p</sup>	67 975 <sup>p</sup>	65 949 <sup>p</sup>	66 805 <sup>p</sup>	68 882 <sup>p</sup>
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (–)	Anzahl	– 7 236	– 3 890 <sup>p</sup>	2 714 <sup>p</sup>	4 574 <sup>p</sup>	– 2 818 <sup>p</sup>	2 140 <sup>p</sup>	2 749 <sup>p</sup>	4 355 <sup>p</sup>	– 3 444 <sup>p</sup>
Arbeitslose	1 000	3 965	4 384	4 372	4 308	4 290	4 134	4 095	3 965	3 892
Männer	1 000	2 112	2 342	2 261	2 221	2 204	2 153	2 115	2 047	2 008
Arbeitslosenquote <sup>4)</sup>	%	10,4	11,4	11,4	11,2	11,2	10,7	10,6	10,3	10,1
Arbeitslosenquote <sup>5)</sup>	%	11,5	12,7	12,7	12,5	12,4	11,9	11,8	11,4	11,2
Offene Stellen	1 000	327	337	355	335	311	467	466	432	393
Kurzarbeiter	1 000	277	183	95	111	118	83	65	77	90
<b>Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden <sup>6) 7)</sup></b>										
Beschäftigte	1 000	6 520	6 416	6 437	6 448	6 430	6 432	6 461	6 472	6 448
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	540	533	474	558	573	554	486	557	570
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	173 275	183 374	164 489	202 621	197 436	195 169	169 420	202 985	200 472
Auslandsumsatz	Mill. DM	51 438	58 117	50 346	64 859	63 186	64 288	54 752	67 523	65 655
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (kalendermonatlich)	1995 = 100	99,9	103,7	89,9	112,5	114,2	113,0	96,4	116,2	...
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	98,9	104,3	94,6	112,0	116,5	113,7	100,4	115,2	...
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	101,4	106,0	87,4	118,2	113,4	119,4	96,8	123,8	...
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	101,0	99,6	66,5	111,1	112,0	108,5	79,1	122,6	...
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	99,8	99,8	92,5	104,9	110,3	102,2	93,0	103,0	...
<b>Öffentliche Energieversorgung</b>										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	40 468	40 564	34 994	37 246	42 396	37 750	37 776	...	...
Gaserzeugung	Mill. kWh	30 975	31 143	27 310	28 418	32 253	28 751	27 166	...	...
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>										
<b>Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau <sup>8) 9)</sup></b>										
Beschäftigte	1 000	1 312	1 221	1 256	1 256	1 239	1 127	1 132	1 135	1 176
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	130	123	123	149	146	131	111	131	135
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	18 109	17 530	18 155	19 972	20 661	18 582	16 722	18 244	19 427
<b>Baugenehmigungen</b>										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	17 772	18 433	18 690	19 193	19 006	20 989	21 187	20 233	19 849
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	15 021	16 223	16 679	16 940	16 755	19 244	19 386	18 527	18 122
Wohnfläche	1 000 m <sup>2</sup>	3 779	3 639	3 556	3 792	3 688	3 691	3 701	3 608	3 564
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 337	3 355	3 611	3 699	3 728	4 179	4 149	3 798	3 875
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	48 031	44 110	42 153	44 895	45 520	40 975	41 550	40 574	40 009
<b>Handel und Gastgewerbe <sup>10)</sup></b>										
Einzelhandel										
Umsatz <sup>11)</sup> zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	101,3	101,1	91,4	98,6	107,2	104,5	93,4	99,3	105,1
Großhandel										
Umsatz <sup>11)</sup> zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	98,1	101,5	94,5	108,5	111,7	106,4	94,9	106,3	105,5
Gastgewerbe										
Umsatz <sup>11)</sup> zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	97,5	96,7	106,9	108,0	104,5	99,5	103,6	103,1	100,7

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 5) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen. (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 6) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 7) Durch die erstmalige Einbeziehung von Einheiten aus der Handwerkszählung 1995 ist ein Vergleich mit Ergebnissen vor 1997 nicht möglich. – 8) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. – 9) Durch die erstmalige Einbeziehung von Einheiten aus der Handwerkszählung 1995 ist ein Vergleich mit Ergebnissen vor März 1997 nicht möglich. – 10) Vorläufige Ergebnisse. – 11) Ohne Umsatzsteuer.



## Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1996	1997				1998			
		Monatsdurchschnitt		August	September	Oktober	Juli	August	September	Oktober
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	65 745	74 051	65 957	79 076	82 293	84 948	68 992	76 634	83 609
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	37 725	41 129	36 013	41 792	44 975	46 788	36 746	42 514	48 198
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	4 153	4 306	3 865	4 351	4 583	4 572	3 799	4 591	4 838
Frankreich	Mill. DM	7 268	7 868	6 309	8 046	8 620	9 131	6 938	8 376	9 833
Großbritannien	Mill. DM	5 306	6 247	6 069	6 165	6 666	7 625	6 312	6 175	6 829
Italien	Mill. DM	4 939	5 421	3 833	5 537	6 064	6 151	4 008	5 636	6 210
Niederlande	Mill. DM	5 023	5 255	4 968	5 361	5 665	5 741	4 638	4 995	5 695
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	57 533	64 346	57 476	63 846	70 897	70 756	60 485	65 195	71 044
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	32 358	35 369	30 582	32 755	38 212	38 606	31 860	33 211	38 060
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 659	3 952	3 506	3 877	4 480	3 661	3 347	3 846	4 022
Frankreich	Mill. DM	6 136	6 758	5 728	6 602	7 648	7 864	6 536	6 964	7 466
Großbritannien	Mill. DM	3 957	4 528	3 739	4 178	5 292	4 866	4 555	3 851	5 138
Italien	Mill. DM	4 862	5 090	4 224	4 636	5 064	6 093	4 412	4 515	5 699
Niederlande	Mill. DM	5 091	5 628	5 413	4 828	6 066	5 439	4 574	4 826	5 500
<b>Geld und Kredit <sup>1)</sup></b>										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	4 675	4 960	4 860	4 872	4 903	5 138	5 155	5 166	5 195 <sup>P</sup>
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	3 536	3 760	3 658	3 679	3 688	3 891	3 905	3 933	3 948 <sup>P</sup>
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	1 139	1 200	1 202	1 193	1 215	1 247	1 250	1 233	1 247 <sup>P</sup>
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	2 930	3 020	2 904	2 900	2 907	3 003	3 031	3 028	3 045 <sup>P</sup>
Spareinlagen	Mrd. DM	1 143	1 182	1 149	1 149	1 149	1 113	1 172	1 171	1 174 <sup>P</sup>
<b>Steuern</b>										
Gemeinschaftsteuern <sup>2)</sup>	Mill. DM	46 997	46 952	38 917	56 179	37 524	44 435	42 117	61 899	41 306
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	26 484	26 150	17 595	36 930	16 063	21 830	19 848	41 415	18 531
Lohnsteuer	Mill. DM	20 940	20 723	19 855	18 213	18 352	23 226	20 936	18 849	19 114
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	968	480	- 3 247	8 282	- 2 911	- 4 018	- 2 469	10 003	- 2 079
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	19 767	20 075	20 753	19 289	19 844	20 722	21 591	20 478	20 933
Umsatzsteuer	Mill. DM	16 698	16 661	17 531	15 687	16 164	16 654	17 590	16 769	16 974
Zölle	Mill. DM	549	575	605	588	615	514	576	527	553
Bundessteuern	Mill. DM	11 489	11 272	10 243	11 648	10 651	10 720	9 797	11 088	10 404
Versicherungsteuer	Mill. DM	1 196	1 177	1 715	594	626	698	1 645	627	616
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	8 115	7 935	6 973	8 077	8 595	8 506	6 953	8 197	8 717
<b>Preise</b>										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel <sup>3)</sup>	1991 = 100	105,6	107,5	108,0	107,1	106,3	103,3	102,3	101,0	100,4
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte <sup>3)</sup>	1991 = 100	91,1	92,5	93,5	94,1	92,4	88,2	86,7	85,8	84,2
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte <sup>3)</sup>	1991 = 100	103,5	104,7	105,0	105,1	105,0	104,4	104,2	104,1	103,7
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1995 = 100	99,8	99,0	99,0	-	-	-	98,9	-	-
Bauleistungen am Bauwerk <sup>4)</sup>	1995 = 100	99,8	99,1	99,1	-	-	-	98,9	-	-
Preisindex für den Straßenbau	1995 = 100	98,3	96,6	96,4	-	-	-	95,8	-	-
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1991 = 100	116,5	118,6	119,3	119,0	118,9	120,3	120,2	119,9	119,7
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1991 = 100	109,2	111,0	111,1	111,0	111,0	113,2	112,5	112,2	111,9
Bekleidung, Schuhe	1991 = 100	108,5	109,0	108,8	109,1	109,2	109,3	109,2	109,5	109,7
Wohnungsmieten	1991 = 100	137,9	141,6	142,0	142,1	142,3	144,2	144,3	144,6	144,6
Energie (ohne Kraftstoffe)	1991 = 100	103,3	105,1	105,3	104,9	105,8	103,1	102,7	102,7	102,3
Übriges für die Haushaltsführung	1991 = 100	110,2	110,8	110,9	110,9	110,9	111,8	111,9	112,0	112,0
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1991 = 100	115,0	119,1	121,5	121,6	121,7	122,8	122,9	123,0	123,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1991 = 100	115,7	116,6	117,4	117,3	117,1	117,3	117,1	117,0	117,0
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1991 = 100	111,6	114,3	114,0	114,2	114,4	115,0	115,0	115,2	115,4
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1991 = 100	123,3	125,9	132,5	127,7	124,7	132,2	132,7	127,7	125,7

1) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 2) Aufkommen an Lohnsteuer ab 1996 ohne das vom Arbeitgeber verrechnete steuerliche sowie das von der Familienkasse gezahlte Kindergeld. – 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 4) Ohne Baunebenleistungen.



### **Über 5 400 Verfahren zur Vaterschaftsfeststellung 416 Väter nicht feststellbar**

Im Laufe des Jahres 1997 mussten die rheinland-pfälzischen Jugendämter in 5 410 Fällen zur Feststellung der Vaterschaft tätig werden. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies gut 1 % weniger. 1996 war mit 5 472 die bisher höchste Anzahl festgestellt worden. Die niedrigste ist mit 4 656 Fällen bei der erstmaligen Erhebung dieser Daten im Jahre 1991 registriert worden. 4 994 Verfahren konnten 1997 mit der Feststellung der Vaterschaft beendet werden; in 416 Fällen dagegen war der Vater nicht feststellbar. 4 596 der festgestellten Vaterschaften erfolgten durch freiwillige Anerkennung, 398 wurden durch Gerichtsverfahren erwirkt.

Der Anteil der nicht feststellbaren Vaterschaften ist seit Beginn der Erhebung im Jahr 1991 rückläufig. Lag er damals noch bei gut 15 %, so sank er bis zum Jahr 1997 auf knapp 8 %. hl

### **Rheinland-Pfälzer sind mobil**

#### **Vier von fünf Haushalten haben ein Auto**

Anfang 1998 besaßen 80 % der rheinland-pfälzischen Haushalte mindestens einen Personenkraftwagen. Im früheren Bundesgebiet waren es dagegen nur 76 %. Bei Einpersonenhaushalten lag dieser Wert mit 56 % deutlich niedriger. Mit steigender Personenzahl erhöht sich die Quote deutlich: Haushalte mit 3 bzw. 4 Personen verfügten in 95 bzw. 98 % der Fälle über mindestens einen Pkw. Fabrikneu gekauft hatten 37 % der Haushalte ihr Auto, jeder zweite Haushalt (51 %) fuhr einen Gebrauchtwagen.

In den letzten 25 Jahren stieg die Zahl der Haushalte mit Pkw-Besitz stetig an. 1973 waren es 58 %, zehn Jahre später bereits 72 %. hw

### **Gäste- und Übernachtungsplus im Fremdenverkehr**

Die rheinland-pfälzische Tourismusbranche registrierte von Januar bis November ein Besucheraufkommen von 6,1 Mill. Das sind 5,7 % mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Übernachtungen nahmen um 2,6 % auf 19 Mill. zu.

Die meisten Übernachtungen (4,9 Mill. / + 3,1 %) wurden im Fremdenverkehrsgebiet Mosel/Saar gezählt. Es folgt die Region Eifel/Ahr mit 3,9 Mill. Übernachtungen, was einer Zunahme von 3 % entspricht.

3,7 Mill. Übernachtungen (+ 3,9 %) entfielen auf die Pfalz. Eine zweistellige Zuwachsrate wurde in Rheinhessen ermittelt. Hier stieg das Übernachtungsvolumen um 11 % auf über 1 Mill. In den Regionen Hunsrück/Nahe/Glan (2,1 Mill. / - 0,6 %) und Westerwald/Lahn/Taunus (1,5 Mill. / - 2,1 %) waren die Übernachtungszahlen rückläufig. el

### **In jedem achten Haushalt ein Motorrad**

In jedem achten rheinland-pfälzischen Haushalt gab es Anfang 1998 ein Motorrad (einschließlich Motorroller und Mofas). Der Wert von 12 % lag über dem Bundesdurchschnitt (11 %); im früheren Bundesgebiet war er mit 11,5 % auch niedriger. Die höchsten Quoten erreichten Familien mit 3 bzw. 4 Personen; hier gab es in 18 bzw. 22 % der Haushalte ein Motorrad, einen Motorroller oder ein Mofa. hw

### **Noch nie so viele Gasthörer wie heute**

Im Wintersemester 1998/99 sind insgesamt 1 534 Gaststudierende an den rheinland-pfälzischen Hochschulen eingeschrieben, 195 oder knapp 15 % mehr als im Vorjahressemester. Das ist der seit Einführung der Gasthörerstatistik im Wintersemester 1992/93 höchste Stand. Knapp die Hälfte der Gaststudierenden (733) sind Frauen, jeder Elfte (137) ist Ausländer.

Das Durchschnittsalter der männlichen Gasthörer liegt mit 52 Jahren nur geringfügig über dem der weiblichen (51,6 Jahre). 45 % der Gaststudierenden haben das 60. Lebensjahr vollendet. 85 Personen sind 75 Jahre und älter.

60 % der 1 534 Gasthörer, für die Angaben zur gewählten ersten Fachrichtung vorliegen, bevorzugten Sprach- und Kulturwissenschaften. Knapp ein Fünftel wählte Lehrveranstaltungen aus der Fächergruppe Mathematik, Naturwissenschaften und jeder Zehnte besucht Vorlesungen und Kurse aus dem rechts-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Bereich. Deutlich dahinter folgen Belegungen in künstlerischen und kunstwissenschaftlichen Fächern mit 5,4 % und in Ingenieurwissenschaften mit 3 %. Jeder vierte Gaststudierende schrieb sich in mehreren Fachrichtungen ein.

Die meisten Gasthörer (476) wurden an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz gezählt, gefolgt von der Universität Trier (322) und der Universität Koblenz-Landau (166). we



## kurz + aktuell

### Vier von fünf landwirtschaftlichen Betrieben gaben in den letzten 50 Jahren auf

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Rheinland-Pfalz hat in den letzten 50 Jahren um vier Fünftel auf heute noch 39 200 abgenommen. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) ging im gleichen Zeitraum nur um etwa ein Fünftel zurück. Die durchschnittliche Betriebsgröße stieg von 4 ha auf 18 ha LF. Der Strukturwandel vollzog sich in den Größenklassen unterschiedlich. Während die Zahl der Betriebe in den unteren Größenklassen schon seit den ersten Nachkriegsjahren rückläufig ist, trifft das seit den siebziger Jahren auch für die mittleren Größenklassen zu. Die Wachstumsschwelle, d.h. die Grenze, ab der die Zahl

der Betriebe noch zunimmt, beträgt derzeit 75 ha. Auf die Größenklassen 75 bis 100 ha LF und 100 bis 200 ha LF entfallen mittlerweile jeweils rund 1 100 Betriebe. 85 Betriebe bewirtschaften inzwischen sogar 200 ha LF und mehr. Vor 50 Jahren waren es erst drei Betriebe.

Bernkastel-Wittlich ist der Landkreis mit den meisten landwirtschaftlichen Betrieben (3 200). Weitere Landkreise mit einer bedeutenden Zahl an Betrieben sind Bitburg-Prüm (3 000), Mainz-Bingen (3 000) sowie Trier-Saarburg (2 900). Die meisten Betriebe mit mehr als 75 ha LF liegen in den Landkreisen Bitburg-Prüm (190), Bernkastel-Wittlich (140) sowie im Rhein-Hunsrück-Kreis (140). bd

### Steuereinnahmen des Landes nach Steuerverteilung

Steuerart	1997	1998	Veränderung
	Mill. DM		%
<b>Landessteuern</b>	1 333,6	1 540,7	15,5
Vermögensteuer	63,1	56,7	- 10,2
Erbschaftsteuer	69,6	148,6	113,5
Grunderwerbsteuer (Landesanteil)	118,3	191,3	61,8
Kraftfahrzeugsteuer	775,7	813,9	4,9
Rennwett- und Lotteriesteuer	181,4	212,3	17,0
Feuerschutzsteuer	37,7	31,0	- 17,9
Biersteuer	87,9	87,0	- 1,0
<b>Landesanteil an den Steuern vom Einkommen<sup>1)</sup></b>	6 448,4	6 777,4	5,1
Lohnsteuer	5 000,5	5 202,1	4,0
Veranlagte Einkommensteuer	94,4	106,3	12,7
Kapitalertragsteuer	284,7	600,8	111,0
Zinsabschlag	215,2	241,4	12,2
Körperschaftsteuer	853,6	626,7	- 26,6
<b>Landesanteil an den Steuern vom Umsatz</b>	4 695,5	4 638,2	- 1,2
Umsatzsteuer	3 700,8	3 583,5	- 3,2
Einfuhrumsatzsteuer	994,7	1 054,7	6,0
<b>Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage</b>	104,5	119,3	14,2
<b>Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)</b>	60,5	63,5	4,9
<b>Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)</b>	159,5	182,1	14,2
<b>Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform</b>	-	39,2	X
<b>Insgesamt</b>	12 802,0	13 360,5	4,4

1) Lohnsteuereinnahmen nach Abzug des von der Familienkasse gezahlten Kindergeldes.

### Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet 1998

Indexbezeichnung	1991=100	Veränderung zu 1997 in %
<b>Früheres Bundesgebiet<sup>1)</sup></b>		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	117,1	0,9
davon		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	112,7	1,3
Bekleidung, Schuhe	110,3	0,5
Wohnungsmieten	130,4	1,8
Energie (ohne Kraftstoffe)	99,5	- 2,2
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	112,6	0,9
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	119,6	2,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	116,0	-
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	114,0	0,7
Persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	125,9	0,8
4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen		
Gesamtindex	117,8	1,0
4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen		
Gesamtindex	117,3	0,9
2-Personen-Haushalte von Rentempfängern mit geringem Einkommen		
Gesamtindex	120,1	1,6
<b>Deutschland<sup>2)</sup></b>		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	119,7	0,9

1) Gebietsstand vor dem 3.10.1990. - 2) Gebietsstand seit dem 3.10.1990.



### Zeichenerklärung und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
–	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
·	Zahl unbekannt oder geheimzuhalten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da die Zahl nicht sicher genug		
( )	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.